

Zum praktischen Mehrwert aktueller Theoriebeiträge

Die Zukunft der innerwestlichen Beziehungen im Lichte konkurrierender Ansätze

Der Literaturbericht stellt drei neuere Theoriebeiträge vor, die nicht zuletzt in den USA auf große Resonanz gestoßen sind. In der Besprechung werden nicht nur wissenschaftsinterne Kriterien wie Konsistenz, Originalität, empirische Fundierung und Plausibilität angewendet, sondern es wird darüber hinaus erörtert, in welchem Maße diese anspruchsvollen Theoriebeiträge Entscheidungshilfen für die praktische Politik anbieten können. Als konkreter Fokus dienen die innerwestlichen Beziehungen, die in allen drei Monographien eine prominente Rolle spielen. Wirklich überzeugende Handlungsorientierungen oder Politikempfehlungen stellt aber keiner der Autoren vor. Allgemeine Theorien, wie die von Wendt und Mearsheimer, vereinfachen entweder zu stark unter Vernachlässigung wichtiger Faktoren (Mearsheimer) oder sie sind wie die Theorie von Wendt so komplex und ausgewogen, dass sich aus ihnen wenig konkrete Prognosen oder Optionen ableiten lassen. Als Ausweg würden sich Theorien mittlerer Reichweite anbieten, für die hier der Beitrag von Ikenberry steht. Er krankt jedoch daran, dass er empirisch nicht ausreichend fundiert ist.

Ikenberry, G. John 2001: *After Victory: Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order After Major Wars*, Princeton, NJ.

Mearsheimer, John J. 2001: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY.

Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge, MA.

1. Einleitung

Am Wert von Theorien der internationalen Politik scheiden sich die Geister.¹ Nicht nur in den USA hat sich eine tiefe Kluft zwischen Wissenschaftlern und Praktikern internationaler Politik aufgetan (Katzenstein et al. 1998: 684). In der akademischen Disziplin, namentlich in dem Teil, der in der DVPW-Sektion zusammenkommt, gilt die Beschäftigung mit IB-Theorien als unverzichtbarer Ausweis von Wissenschaftlichkeit; theoriefreie Untersuchungen finden dort wenig Anerkennung, so empiriegesättigt sie auch sein mögen. Umgekehrt genießen empiriefreie Theoriediskussionen oft hohes, wenn nicht gar höchstes Prestige. Bei den meisten Politikerinnen und Politikberatern und bei vielen Studierenden der Politikwissenschaft sieht dies anders aus: In ihren Reihen stehen Theorien der internationalen Politik meist in keinem sehr hohen Ansehen. Vielfach gelten sie als mehr oder weniger harmlose und zeit-

1 Der Verfasser dankt dem Team der ZIB, ihren anonymen Gutachtern oder Gutachterinnen sowie Ingo Take für viele hilfreiche Hinweise.

raubende intellektuelle Spielereien im Elfenbeinturm, die wenig hilfreich sind, sobald es darum geht, praktische Politik zu verstehen, beratend zu begleiten oder zu gestalten. Vor allem abstrakte Grundlagendiskussionen wie die so genannte ZIB-Debatte über die Grenzen rationalistischer Ansätze lösen in diesen Kreisen, soweit sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden, gelegentlich schon einmal verständnisloses Kopfschütteln aus.²

Von akademischer Seite wird solchem Unverständnis zu Recht entgegengehalten, eine theoriefreie Beschäftigung mit internationaler Politik sei grundsätzlich nicht möglich, sei doch eine theoriefreie Beobachtung und Beschreibung der »Realität« immer und überall eine Illusion. Fakten und erst recht Ursachen könnten immer nur vor dem Hintergrund eines theoretischen Rahmens erkannt, benannt und überprüft werden. So sei auch der unverdrossenste, um nicht zu sagen naivste, Empiriker auf theoretische Vorannahmen angewiesen, wenn er Relevantes von Irrelevantem unterscheiden wolle. Fraglich sei hingegen, ob er seine impliziten Prämissen konsistent anwende und im Falle ihrer Explikation akzeptieren und begründen könne. Insofern sei die bewusste Kennzeichnung von theoretischen Vorentscheidungen und verwendeten Modellen unverzichtbar für eine fundierte Kritik und Überprüfung jedweder empirischer Ergebnisse. Gerade die Politikberatung, die auf die planvolle Beeinflussung politischer Zukunft abstelle, könne ihrer Verantwortung nur gerecht werden, wenn sie die jeweils zugrunde liegenden Annahmen und Kausalhypothesen kenntlich mache. Ernsthafte Prognosen von politischen Trends und den Folgen denkbarer Optionen setzten insofern die Explikation von zugrunde liegenden Theorien voraus, denn nur auf diesem Weg könnten die Adressaten deren Plausibilität und die Risiken abgeleiteter Handlungsempfehlungen annähernd bewerten.

Können die bewusst theoriegeleiteten Analysen der internationalen Politik derartige Ansprüche wirklich einlösen? Gibt es auf dem wissenschaftlichen Markt attraktive Angebote für Theoriemodelle, die uns plausible Bestandsaufnahmen, Erklärungen und Vorhersagen für wichtige Fragen der internationalen Politik ermöglichen, d. h. hinreichend breite Ansätze, die konsistent sind, auf plausiblen Annahmen basieren, für die Vergangenheit empirisch bewährt sind und für die Zukunft trennscharfe Prognosen ermöglichen? Bieten aktuelle Theoriebeiträge tatsächlich die reflektierte und stimmige Zeitdiagnose, vor deren Hintergrund überzeugende Politikkonzepte entwickelt werden könnten? Eine wissenschaftliche Disziplin, die sich immer auch über ihre praktische Relevanz definiert und legitimiert hat, muss sich solchen Fragen stellen. Sie sollen hier anhand von drei neueren Beiträgen erörtert werden, die in den USA, aber nicht nur dort, große Resonanz gefunden haben und die wissenschaftliche Fachdebatte vermutlich noch längere Zeit maßgeblich (mit-) bestimmen werden. Sie vergleichend zu betrachten, erscheint nicht zuletzt deshalb lohnend, weil sie jeweils unterschiedliche Erklärungsfaktoren betonen (internationale Machtverteilung, internationale Kultur und internationale Institutionen) und sich auch hinsichtlich Reichweite und Abstraktionsniveau deutlich voneinander abheben. Einer Theorie mittlerer

2 Zur ZIB-Debatte vgl. etwa Keck (1995, 1997); Müller (1994, 1995); Risse-Kappen (1995); Schneider (1994); Zangl/Zürn (1996).

Reichweite stehen eine Theorie der Großmächte-Politik und eine ganz allgemeine Theorie der internationalen Politik gegenüber.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die theoretischen und empirischen Ansprüche der Autoren nicht immer deckungsgleich sind. So ist Wendts Buch in mehrfacher Hinsicht breiter angelegt als die beiden übrigen. Ihm geht es vor allem darum, eine *soziale* Theorie der internationalen Politik ontologisch zu fundieren und in ihren Grundzügen zu explizieren, und weniger darum, testbare Hypothesen zu konkreten Sachverhalten zu generieren (Wendt 1999: 6). Im Unterschied zu den beiden anderen Autoren vertritt Wendt ein weitaus pluralistischeres und sehr pragmatisches Verständnis sowohl von Theorien als auch von Methoden, das – je nach anliegender Forschungsfrage – von kausalen Erklärungen nach dem Hempel-Oppenheim-Schema bis hin zu konstitutiven Erklärungen mithilfe interpretativer Methoden reicht (Wendt 1999: 79-91). Dagegen stehen Mearsheimer (2001: 7-12) und Ikenberry (2001: 18, 79), soweit dies aus ihren Ausführungen überhaupt hervorgeht, für ein traditionelleres Wissenschaftsverständnis, dem zufolge Sozialwissenschaft letztlich aus der Herleitung kausaler Hypothesen besteht, die anschließend mit empirischen Korrelationsanalysen zu überprüfen sind. Fest in der klassisch positivistischen Tradition verortet halten es beide für viel weniger dringlich, ihre ontologischen, epistemologischen und methodologischen Positionen näher zu explizieren, geschweige denn zu begründen. Entsprechend können sie sich auch eher der Analyse konkreter Politikprobleme zuwenden als Wendt, für den die Grundlagen der Disziplin weitaus problematischer sind.

Dennoch liegen die vertretenen Ansätze nicht so weit auseinander, dass ein Vergleich zwecklos wäre.³ Eine Gegenüberstellung der drei Monographien ist zum einen deshalb möglich, weil es entscheidende Gemeinsamkeiten gibt, welche die Autoren miteinander teilen. So ist auch Wendt, trotz allem methodologischen Pluralismus, einem positivistischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet, das Theorien nur so lange für sinnvoll hält, solange sie empirisch falsifizierbar sind (Wendt 1999: 89-91, 373). Ebenso wenig spricht sich Wendt prinzipiell dagegen aus, Vorhersagen auf der Grundlage allgemeiner Hypothesen zu formulieren (Wendt 1999: 80-90). Vielmehr schreckt er selbst nicht davor zurück, Prognosen für die Entwicklung des internationalen Systems abzugeben (Wendt 1999: 312, 314) oder Variablen zu benennen und zu gewichten, welche die Bildung kollektiver Identitäten bestimmen (Wendt 1999: 343-366). Zum anderen können die drei Monographien gut miteinander verglichen werden, weil sie alle drei ausgesprochen staatszentrisch sind, sowohl in Bezug auf das *explanandum* als auch im Hinblick auf das *explanans*: Sie zielen nicht nur darauf ab, die Beziehungen zwischen Staaten zu erklären, sondern sie greifen dafür ganz überwiegend auf Variablen zurück, die auf der *zwischenstaatlichen* Ebene angesiedelt sind.

3 Das gilt zumindest, solange man die Selbstverständlichkeit im Auge behält, dass es sich immer nur um einen von vielen denkbaren Vergleichen handeln kann, d. h. um eine relative Bewertung auf der Basis ganz bestimmter Kriterien, die man vielleicht nicht so auswählen würde, wenn man die praktische Anwendung theoretischer Modelle prinzipiell für wenig aussichts- oder hilfreich hält.

Als konkreter Anwendungsfall werden die aktuellen Trends in den Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien behandelt. Dieses Feld bietet sich zum einen deshalb an, weil alle drei Autoren explizit Bestandsaufnahmen und Prognosen für die nordatlantische Staatenwelt formulieren; Ikenberry hat seinen Ansatz sogar genau auf diesen Anwendungsfall hin konzipiert. Zum anderen besteht in diesem Politikfeld spätestens seit dem Amtsantritt der Bush-Administration ein besonderer Bedarf an fundierten Analysen: Washingtons Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, seine Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs, die umstrittene Kündigung des ABM-Vertrags, die Blockade europäischer Vorschläge zur Stärkung des Bio-Waffen-Abkommens: die Errichtung neuer Handelsbarrieren zugunsten der amerikanischen Stahlproduzenten und Landwirte sowie die Diskussion um das Vorgehen im Irak-Konflikt – all das hat die Frage aufgeworfen, ob zwölf Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges doch eine ernsthafte Entfremdung zwischen den bisherigen Alliierten ihren Anfang genommen hat.⁴ Nicht nur Politikwissenschaftlerinnen, sondern auch Praktiker und deren Beraterinnen fragen sich also, welche Faktoren das transatlantische Verhältnis primär bestimmen: Sind es Faktoren, deren Konstanz eher auf Kontinuität schließen lässt, oder sind es vielmehr solche, deren aktueller Wandel tiefgreifendere Umwälzungen bewirkt?

2. *John Mearsheimer und die Verabsolutierung internationaler Machtverhältnisse*

Mit *The Tragedy of Great Power Politics* hat John Mearsheimer schließlich das lange erwartete Werk vorgelegt, das seine eigene Version des strukturellen Realismus auf den Punkt bringt. Kein Geringerer als Kenneth Waltz behauptet auf dem Klappentext des Buches, dass mit Mearsheimers Buch zu guter Letzt »the definitive work on offensive realism« vorliege – wenn man so will, das Pendant zu Waltz' eigener *Theory of International Politics* (Waltz 1979), sofern man diese mit Mearsheimer (2001: 19f) als Referenzwerk des defensiven (Neo-) Realismus betrachtet. Ob dieser Anspruch voll und auf einem vergleichbar hohen Niveau erfüllt wird, darf freilich bezweifelt werden. Mearsheimers Buch enthält zweifellos einige plausible Ergänzungen und originelle Umformulierungen, wenn nicht gar mutige Zuspitzungen, neorealistischer Theorie. Zudem beinhaltet es, im Gegensatz zum Hauptwerk Waltz' (1979), reichhaltige historische Illustrationen, die als empirische Belege dienen sollen. Letztlich überzeugen kann das Buch allerdings nicht. Es stellt sich immer wieder heraus, dass Mearsheimers düstere Interpretation der Weltpolitik von Prämissen abgeleitet ist, die entgegen seinem eigenen Anspruch (Mearsheimer 2001: 30) weder mit den angeführten historischen Beispielen noch mit der aktuellen Situation gut in Einklang zu bringen sind. Dies gilt in besonderem Maße für die

4 Stellvertretend für eine kaum mehr zu überblickende Vielzahl von Krisendiagnosen sei verwiesen auf Kagan (2002); Lindley-French (2002); Haftendorn (2002); Kupchan (2002); Campbell (2002); Mathews (2001) und Daalder (2001).

Erklärung und Prognose der innerwestlichen Beziehungen, in denen nach Mearsheimer bald wieder Misstrauen, Furcht und Konflikt dominieren werden.

Wie der Titel des Buches schon andeutet, ist internationale Politik für Mearsheimer zwangsläufig ein immer währender Kampf, in dem wie in der antiken Tragödie Recht gegen Recht steht. Unter den Bedingungen des anarchischen Selbsthilfe-Systems sieht er für die ausschlaggebenden Großmächte keine sinnvolle Alternative zu egoistischer Machtpolitik. Wenn sie überleben wollen, bleibe ihnen keine andere Wahl, als ihre Macht auf Kosten anderer auszubauen. Für Mearsheimer folgt aus der Logik des internationalen Systems, dass es in Wahrheit keine Status-quo-Mächte gibt, sie auch nicht geben kann, solange nicht eine Großmacht eine stabile Hegemonialposition erreicht hat (Mearsheimer 2001: 2, 34f). Defensive Realisten lägen so gesehen falsch, wenn sie Status-quo-Mächte von revisionistischen Staaten unterscheiden (Schweller 1994) und Überexpansion mit einer kontraproduktiven Fehlleistung irrationaler Akteure oder defizitärer Entscheidungssysteme erklären (Snyder 1991; Van Evera 1990/1991). Laut Mearsheimer (2001: 217-219, 223f) verhielten sich selbst Hitler und die japanische Militärführung systemadäquat, als sie Eroberungskriege gegen überlegene Koalitionen initiierten! Wenn aber jeder Staat im Interesse seines Überlebens dazu verurteilt ist, jede Gelegenheit zur Expansion und Machtvergrößerung zu nutzen, muss friedliche Zusammenarbeit die seltene Ausnahme bleiben. Stabile Kooperationsbeziehungen lassen sich Mearsheimer (2001: 48-53) zufolge nicht planvoll und schon gar nicht dauerhaft schaffen, sondern stellen sich allenfalls als glückliche Nebeneffekte übergeordneter Machtrivalitäten ein. Somit sei auch die relativ spannungsarme Situation im Nordatlantikraum nur als Übergangsphänomen anzusehen.

Mearsheimer (2001: 30-32) leitet diese pessimistische Sicht von fünf zentralen Annahmen ab, die er mit den meisten Neorealisten teilt:

- Das internationale System ist anarchisch strukturiert.
- Großmächte besitzen zwangsläufig (*inherently*) militärische Angriffsfähigkeiten, die sie füreinander zur Bedrohung machen.
- Staaten können sich nie sicher sein, welche Absichten andere Staaten in Wahrheit verfolgen.
- Überleben ist das wichtigste Ziel (*primary goal*) der Großmächte.
- Großmächte sind rationale Akteure, die ihre Politik an der internationalen Machtverteilung und den Präferenzen anderer Staaten orientieren.

Wo diese fünf Prämissen allesamt zutreffen, seien wechselseitige Furcht und expansionistische Bestrebungen die notwendige Folge. Dann hätten die betroffenen Staaten keinen großen Spielraum mehr für ihre Außen- und Sicherheitspolitik, und es gelte nicht mehr die Wendtsche These, »Anarchy is what states make of it« (Wendt 1992), sondern eher: »State policies are what anarchy makes of them«.⁵

5 Man muss Mearsheimer zugute halten, dass er diese systemdominierte Perspektive konsequent durchhält. Beispielsweise sieht er keinen grundlegenden Unterschied zwischen der Außenpolitik Stresemanns und der von Hitler, abgesehen davon, dass Hitler über die machtpolitischen Mittel verfügte, um seine expansionistischen Bestrebungen zu verwirklichen (Mearsheimer 2001: 182, 189f).

Erstaunlicherweise fällt die theoretische Begründung für Mearsheimers grundlegende Innovation, nämlich die These eines systembedingten Expansionsdrangs der Großmächte, eher knapp aus. Dass selbst Mächte, deren Hauptziel im eigenen Überleben besteht, trotz möglicher Gegenreaktionen bedrohter Konkurrenten immer noch einer Ausweitung ihrer Macht streben, ergibt sich laut Mearsheimer (2001: 34f) aus zwei einfachen Überlegungen: Erstens könnten Staaten mit Blick auf die gelegentlichen Niederlagen stärkerer Staaten nie wissen, welches Maß an Überlegenheit echte Sicherheit gewährleiste; zweitens lasse sich nicht voraussehen, wie sich die internationale Machtverteilung in Zukunft fortentwickelt. Angesichts dieser Unwägbarkeiten sei die beste Sicherheitsstrategie, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um potenzielle Herausforderer zu schwächen, bis man schließlich eine unangreifbare Hegemonialposition erreicht habe.

Dass die inhärente Offensivtendenz der Großmächte nicht zu einem ständigen Krieg aller gegen alle führt, hat nach Mearsheimer verschiedene Ursachen: Erstens erlaube eine Art »Gnade der günstigen Geographie« insularen Mächten gelegentlich eine zurückhaltendere Politik. Weitgehend geschützt (und ebenso selbst eingeschränkt) durch die »stopping power of water« (Mearsheimer 2001: 114-128), könnten sie sich auf die Rolle des »offshore balancers« (Mearsheimer 2001: Kap. 7) konzentrieren, der an der Gegenküste die Errichtung von Hegemonialreichen zu verhindern sucht. In den historisch höchst seltenen Fällen (der Autor nennt als einziges Beispiel die USA), in denen eine Macht auf ihrem Kontinent eine unanfechtbare Hegemonie errichtet habe, könne sie sich sogar auf die Erhaltung des Status quo konzentrieren. Um ihre Sicherheit zuverlässig zu gewährleisten, müsse sie nur noch die Dominanz auf ihrem Kontinent sicherstellen. Dazu genüge es, regionale Herausforderungen im Keim zu ersticken und potenzielle Herausforderer jenseits des Ozeans militärisch zu binden, indem man deren regionalen Konkurrenten bei Bedarf militärisch zu Hilfe kommt (Mearsheimer 2001: 140-143, Kap. 7). Zweitens setzt Mearsheimer auch bei den übrigen Mächten die unausrottbare Offensivtendenz nicht mit ständiger Aggression gleich. Als rationale Akteure seien Staaten keine *mindless aggressors*. Abgeschreckt von ausreichender Macht würden sie notfalls auf günstigere Gelegenheiten für Expansion oder Rüstungswettläufe warten (Mearsheimer 2001: 37, 169). Nicht zuletzt würden Staaten etwas größere Vorsicht im Umgang mit Nuklearmächten walten lassen, auch wenn solche Massenvernichtungswaffen Kriege und machtpolitische Rivalitäten keineswegs immer verhindern würden (Mearsheimer 2001: 128-133). Drittens führe nicht jede Machtausweitung sofort zu großen Kriegen, weil sich Staaten expansiven Mächten weit seltener entgegenstellen würden, als defensive Realisten behaupteten. Mearsheimer zufolge neigten Großmächte im Angesicht einer Bedrohung keineswegs zum *balancing*. Ihre erste Präferenz sei in solchen Fällen vielmehr das *buck-passing*, d. h., sie versuchen, den »Schwarzen Peter« an andere weiterzuschieben. Um die Kosten militärischen Widerstands zu vermeiden, warteten sie möglichst lange ab, ob nicht erst ein anderer Staat den Kampf gegen den Aggressor aufnimmt. Solches *buck-passing*-Verhalten sei umso wahrscheinlicher, je schwächer der Aggressor und je besser die betreffende Macht durch ihre geographische Lage vor ihm geschützt sei (Mearsheimer 2001: 157-162, Kap. 8).

Von diesen Prämissen und Hypothesen leitet Mearsheimer (2001: Kap. 9) anschließend Folgerungen für die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen Großmächten und die Weltpolitik des 21. Jahrhunderts (Mearsheimer 2001: Kap. 10) ab. Hinsichtlich der Ursachen und Häufigkeit von Kriegen macht er sich zunächst die Überlegungen von Waltz (1979: Kap. 8) zu Eigen, wonach bipolare Systeme stabiler seien als multipolare (Mearsheimer 2001: 338-344). Über diesen hinausgehend differenziert er multipolare Systeme auch noch in ausgewogene (*balanced*) und unausgewogene Systeme, je nachdem, ob es einen potenziellen Hegemon gibt. Ein allen übrigen Mächten klar überlegener Staat, so der Autor, vergrößere das Kriegsrisiko entscheidend. Je weniger Macht ihm noch zur Hegemonie fehle, desto entschlossener werde er nach dieser greifen und desto resoluter würden sich die übrigen Mächte ihm entgegenstellen. Das Ergebnis sei eine sich verstärkende Spirale von Unterwerfungs- bzw. Einkreisungsbefürchtungen, die schwer zu kontrollieren sei und deshalb häufig in Kriege münde (Mearsheimer 2001: 344-346).

Die Prognosen für die nächsten beiden Jahrzehnte sind entsprechend düster: Sowohl für Ostasien als auch für Europa sagt Mearsheimer (2001: 362, 400) intensivere Machtkonflikte voraus, die eventuell in große Kriege münden würden. Nicht ohne Berechtigung weist er darauf hin, dass unsere konfliktarme Gegenwart nicht ohne weiteres in die Zukunft fortgeschrieben werden könne, habe es doch auch früher gelegentlich schon eine spannungsarme Friedensperiode gegeben, wie sie momentan (noch) in Europa zu beobachten sei (Mearsheimer 2001: 373). Solche Phasen hätten aber stets neuen Konflikten weichen müssen, sobald ihre machtpolitischen Grundlagen erodiert seien. Momentan dämpfe noch die amerikanische Militärpräsenz wechselseitige Bedrohungsgefühle unter Asiaten und vor allem zwischen den Europäern. Wenn die USA demnächst ihre Streitkräfte aus Europa abzögen, weil sie nicht länger als Gegengewicht zu den russischen Truppen benötigt werden, würde Deutschland, so Mearsheimer, wieder zur entscheidenden Gefahrenquelle. Des amerikanischen Schutzes beraubt, »[Germany] would probably acquire its own nuclear arsenal and increase the size of its army, transforming itself into a potential hegemon« (Mearsheimer 2001: 393). Das Ergebnis wäre eine Rückkehr zur »[...] unbalanced multipolarity, the most dangerous kind of power structure« (Mearsheimer 2001: 394). Etwas günstiger (!) seien die Aussichten für Ostasien: Wenn Chinas Wirtschaft weiter so schnell wachse, erwartet der Autor keinen amerikanischen Abzug, sondern eine fortgesetzte Militärpräsenz, die sich zunehmend gegen chinesische Expansion richten werde. Im ungünstigsten Fall müsse man mit einem unausgewogenen multipolaren System rechnen, mit China als potenziellem Hegemon. Komme es hingegen zu einem amerikanischen Abzug, weil Chinas Potenzial langsamer ansteigt, werde sich nach Mearsheimer (2001: 396-400) eine stabile bipolare Struktur herausbilden, in der Japan die Stelle Amerikas übernehmen werde.

Glücklicherweise ist die Theorie, aus der sich diese unerfreulichen Prognosen ergeben, längst nicht in allen Teilen überzeugend belegt. Relativ schlüssig erscheinen nur die ausführlichen historischen Belege, die der Autor für die behauptete Tendenz zum *buck-passing* (statt *balancing*) und für seine Kriegsursachen-Theorie anführt. In beiden Fällen geht Mearsheimer ziemlich systematisch vor, indem er die

Entwicklung der Machtverteilungen während der letzten beiden Jahrhunderte mit dem vorhergesagten Verhalten vergleicht. Dabei korreliert vor allem die Kriegshäufigkeit und -intensität in erstaunlichem Maße mit der Machtverteilung zwischen den Großmächten (Mearsheimer 2001: 357). Weitaus problematischer sind jedoch Mearsheimers empirische Belege für fortwährendes Expansionsstreben, seine Interpretation britischer und amerikanischer Sicherheitspolitik sowie seine Diagnose der aktuellen Politik. Vor allem Letztere enthält eklatante Widersprüche und unausgewogene Theorievergleiche.

Um die These vom fortwährenden Expansions- und Überlegenheitsstreben der Großmächte zu belegen, erörtert Mearsheimer die Weltpolitik Japans, Deutschlands, der Sowjetunion und Italiens bis zum Zweiten Weltkrieg sowie die Nuklearpolitik der Sowjetunion und der USA während des Kalten Krieges. Dass er über die Jahrzehnte immer wieder Beispiele für Expansions- und Überlegenheitsstreben findet, wird wenige LeserInnen erstaunen. Die Aussagekraft solcher Illustrationen ist freilich gering: zum einen, weil der Autor es versäumt, seine Hypothese in Konkurrenz zu denen anderer Theorien zu testen, zum anderen, da seine Hypothese auch schon für sich genommen sehr vage formuliert ist, insbesondere was ihre einschränkenden Bedingungen anbelangt. Denn was bedeutet es konkret, dass Staaten nicht expandieren, wenn eine günstige Gelegenheit fehlt oder sie erfolgreich abgeschreckt werden (Mearsheimer 2001: 37, 169)? Kann man wirklich davon ausgehen, dass hier allein die internationale Machtverteilung entscheidet, weil alle Arten von Staaten und Regierungen gleich gut abgeschreckt werden können? Mearsheimer geht bei der Untermauerung dieser Behauptung zu selektiv und impressionistisch vor: Beispiele expansiver Machtpolitik werden als Belege seiner These reklamiert, Gegenbeispiele werden entweder ignoriert – so etwa Stalins halsbrecherische »Säuberung« des sowjetischen Offizierskorps, die noch dazu in »a decade of great peril for the Soviet Union« (Mearsheimer 2001: 195) fiel und insofern fremder Expansion fast schon die Türen öffnete –, als seltene Anomalien abgetan – wie Deutschlands Verzicht auf ein offensives Ausnutzen des japanischen Siegs über das Zarenreich (Mearsheimer 2001: 216) –, oder eben als (zwangsläufig) erfolgreiche Abschreckung durch andere Mächte interpretiert – wie die Status-quo-Politik Bismarcks und Japans nach den Vereinigungskriegen bzw. nach dem Ersten Weltkrieg (Mearsheimer 2001: 179f, 183-188). Weshalb starke Gegner Deutschland 1875, 1905 und 1911 zurückhalten konnten, nicht aber 1914, warum Japan nach 1920 von Expansion abgehalten werden konnte, nicht aber 1940/1941, bleibt unklar.⁶

- 6 Mearsheimer erklärt das Versagen amerikanischer Eindämmungspolitik gegenüber Japan damit, dass Washington dem Kaiserreich nur die Wahl zwischen zwei abstoßenden Möglichkeiten gelassen habe: zwischen einem wenig aussichtsreichen Krieg gegen die weit überlegenen USA und dem Abstieg zu einer *second-rate power*. Trotz einer wahrscheinlichen Niederlage, so Mearsheimer, sei die japanische Entscheidung für den Krieg, »that incredibly risky gamble« (Mearsheimer 2001: 224), somit nicht irrational gewesen. Diese Interpretation ist aber höchstens dann schlüssig, wenn man hier mit Mearsheimer unterstellt, dass die japanische Führung letztlich nicht die Sicherheit Japans, sondern seinen Status, seinen Rang als Großmacht, maximieren wollte. Diese Priorität passt jedoch weit besser zu einer sozialkonstruktivistischen als zu einer realistischen Deutung, wie Mearsheimer sie sonst vertritt.

Kaum überzeugender ist die Erklärung für das Verhalten der großen *offshore balancers*. Gewiss hat die Begünstigung durch die Geographie die Außen- und Sicherheitspolitik von Großbritannien und den USA nachhaltig beeinflusst. Mearsheimer scheitert jedoch bei dem Versuch, deren Politik unter völliger Hintanstellung ihrer liberalen Gesellschafts- und Wertsysteme nahezu ausschließlich mit Machtverteilung und Geographie zu erklären. Weil er Phasen zurückhaltender Machtpolitik allein auf den wirksamen Schutz durch Ärmelkanal und Atlantik zurückführt, kann er umgekehrt massive Interventionen in europäische Konflikte nicht plausibel machen. Insbesondere die USA hatten nach Mearsheimers Theorie eigentlich keinen rationalen Grund dafür, in Großkonflikte außerhalb ihrer Hemisphäre einzugreifen. Wenn Landstreitkräfte wirklich noch vor Nuklearwaffen das bedrohlichste und damit bei weitem wichtigste Machtinstrument sind, das jedoch kaum über Wasser projiziert werden kann (Mearsheimer 2001: Kap. 4), dann sind die USA, wie er selbst hervorhebt, seit gut hundert Jahren »practically invulnerable against any or all other powers« (Mearsheimer 2001: 239). Warum haben sie sich dann aber an zwei Weltkriegen in Eurasien beteiligt und Jahrzehntelang wegen Europa einen Nuklearkrieg mit der Sowjetunion riskiert? Wirklich nur, um ihre Sicherheit zu maximieren? Mearsheimer zufolge taten sie dies, um zunächst Deutschland und dann die Sowjetunion an der Etablierung einer regionalen Hegemonie zu hindern, denn eine derartig unangefochtene Position in Eurasien hätte diesen Mächten anschließend erlaubt, ihrerseits Amerikas regionale Unverwundbarkeit zu unterminieren. Mearsheimer (2001: 140-143) behauptet somit allen Ernstes, Amerika habe sich deshalb so massiv in Übersee engagiert, weil es befürchtete, andernfalls könnte sich ein eurasischer Hegemon mit Mexiko verbünden oder dort Truppen stationieren! Weshalb die langjährige Rüstungskonkurrenz mit Moskau und das Risiko einer Verwicklung in einen globalen Nuklearkrieg die amerikanische Sicherheit zuverlässiger und kostengünstiger garantiert haben sollen als eine abwartende Politik, die Mexiko erst im Notfall bedroht oder präemptiv besetzt hätte, bleibt unklar. Der zweifelhafte Vorzug dieser Erklärung amerikanischer Weltpolitik beschränkt sich folglich darauf, dass sie ganz ohne innenpolitische, ideelle und institutionelle Variablen auskommt. Auf dieser Grundlage kann man dann in der Tat zu der Prognose gelangen, dass ein vollständiger Abzug der US-Streitkräfte heute nur noch eine Frage der Zeit ist. Auf deren Zuverlässigkeit sollte man jedoch besser nicht bauen.

Noch problematischer wird Mearsheimers Argumentation dort, wo er sich mit der kooperativen Vergangenheit und der, wie er meint, konfliktreichen Zukunft der innerwestlichen Beziehungen befasst. Bei seinem Versuch, liberale, institutionalistische und sozialkonstruktivistische Deutungen und Prognosen zu entkräften, missachtet er an wichtigen Stellen sogar zentrale Prämissen seiner Theorie. Mearsheimer kritisiert zunächst alle Vorstellungen, denen zufolge die innerwestliche Politik heute nicht mehr gemäß realistischen Theoremen funktioniere. In diesem Zusammenhang führt er eine Reihe von empirischen Belegen an, die zeigen sollen, dass Globalisierung, Demokratisierung, technische Revolutionen und die Verbreitung internationaler Institutionen die zentralen Prämissen des offensiven Realismus nicht in Frage stellen (Mearsheimer 2001: 362-372). Dass keine dieser Annahmen ganz und gar

hinfällig geworden ist, mag man ihm gern glauben. Keine der genannten Entwicklungstendenzen muss für sich genommen die tradierte Logik internationaler Politik grundlegend ändern. Ob sie nicht in ihrem wechselseitigen Zusammenspiel einen derartigen Effekt haben, ist damit allerdings noch keineswegs ausgeschlossen. Mearsheimer spart diese wichtige Frage aus: Für ihn kann die Haupteklärung der relativ harmonischen innerwestlichen Beziehungen nur in machtpolitischen Konstellationen gefunden werden.

Während des Kalten Krieges war die transatlantische Ordnung laut Mearsheimer ein Nebeneffekt weltpolitischer Konfrontation. Seither basiere sie allein auf der pazifizierenden Wirkung amerikanischer Militärpräsenz. Wenn diese, wie von ihm erwartet, demnächst beendet werde, würde sich in Europa (wie auch in Ostasien) die alte Sicherheitsrivalität wieder einstellen. Nicht liberale Institutionen, pazifistische Kulturen oder erfolgreiche Aussöhnungsprozesse würden Deutschland und Japan bislang noch davon abhalten, militärische Großmächte zu werden; diesen aus realistischer Sicht so seltsamen Verzicht auf Machtausweitung erklärt Mearsheimer vielmehr auf erstaunliche Weise: Die amerikanische Militärpräsenz mache beide Staaten bisher zu »semi-sovereign states« (Mearsheimer 2001: 382), die wenig Spielraum für eine eigenständige Außenpolitik hätten: »In essence, hierarchy replaces anarchy [sic!] in areas directly controlled by U.S. forces« (Mearsheimer 2001: 529). Offen bleibt, weshalb Japan und Deutschland – immerhin die zweit- bzw. drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – sich diesem amerikanischen Machtanspruch heute noch so widerstandslos ausliefern. Die Antwort scheint für Mearsheimer (2001: 380, 391) vor allem darin zu liegen, dass beide den selbstgenügsamen Absichten (!) der USA vertrauen; sie würden sich darauf verlassen, dass Washington nicht auf Expansion und Dominanz aus sei, sondern auch künftig nur den *off-shore balancer* spielen möchte.⁷ Bei seinem Versuch, die aktuellen innerwestlichen Beziehungen mit den Mitteln des offensiven Realismus zu erklären, verstrickt sich Mearsheimer mithin in gravierende Widersprüche: Statt zu belegen, dass dessen Prämissen unverändert gültig sind, muss er selbst immer wieder eine seiner zentralen Thesen oder Annahmen negieren, um andere aufrecht erhalten zu können.

Alles in allem vermag Mearsheimers Theorie daher kaum zu überzeugen. Sie ist zwar in Teilen innovativ und empirisch gut belegt. Dies trifft zumindest auf die *buck-passing*-These und die Kriegsursachen-Theorie zu, hingegen kaum auf die Behauptung, Großmächten sei eine starke Tendenz zur Machtausweitung inhärent. Grundsätzlich ist auch die Einfachheit der Theorie (*parsimony*) positiv hervorzuheben, soweit sie internationale Interaktion mit wenigen Prämissen und Hypothesen

7 Wenn allein das dazwischen liegende Meer dieses Vertrauen stiftet, muss man sich natürlich fragen, warum die USA nach Mearsheimer nicht ihrerseits darauf bauen konnten, dass Hitler oder Stalin eine mögliche Hegemonie über Eurasien nicht zur Expansion in Amerika nutzen würden. Im übrigen scheut sich Mearsheimer auch sonst nicht, bei Bedarf bestimmtes Verhalten mit dem Vertrauen in freundliche Absichten zu erklären. So habe die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem deshalb auf die Besetzung Finnlands und Jugoslawiens verzichtet, weil beide Staaten gewillt gewesen seien, eine neutrale Position zwischen Ost und West beizubehalten (Mearsheimer 2001: 201).

zu erklären und vorherzusagen vermag. Mearsheimers offensiver Realismus klammert indes zu viele wichtige Variablen aus, um diesem Anspruch tatsächlich gerecht zu werden. Seine an sich zu begrüßende Einfachheit wird mit zu vielen Anomalien und Widersprüchen erkaufte, die seine Prognosen für das 21. Jahrhundert wenig zuverlässig erscheinen lassen. Düster, wie sie sind, mag man das nicht so recht bedauern. Diese Theorie ermöglicht keine zuverlässige Orientierung für die künftige Gestaltung der innerwestlichen Beziehungen. Ihre Erwartungen lassen sich allenfalls dann aus machtpolitischen Verschiebungen ableiten, wenn die kooperationsfördernde Wirkung anderer Faktoren systematisch heruntergespielt wird. Da deren einseitige Vernachlässigung schon die bisherige Entwicklung der innerwestlichen Beziehungen rätselhaft erscheinen lassen muss, liegt es nahe, für den Ausblick auf deren Zukunft eine breitere Basis zu wählen, also Theorien und Modelle, die zusätzliche Variablen berücksichtigen.

3. Eine differenzierte Ontologie: Wendts *Social Theory of International Politics*

Wie Mearsheimers (2001) *Tragedy of Great Power Politics* ist auch Alexander Wendts (1999) *Social Theory of International Politics* eine systemische Theorie, die in vieler Hinsicht an Waltz (1979) anknüpft und in Auseinandersetzung mit dessen Schriften entstanden ist. Wendts Werk könnte sich indes kaum stärker unterscheiden von der Theorie seines *Department*-Kollegen Mearsheimer. Holzschnittartige Vereinfachung kann man Wendt jedenfalls nicht vorwerfen. Wo Mearsheimer Waltz' Annahmen radikalisiert, problematisiert und differenziert Wendt. Dadurch wirkt sein Blick auf die internationale Politik nicht nur weitaus komplexer und methodisch reflektierter, sondern auch differenzierter, insbesondere was die Beschreibung der vergangenen Jahrzehnte europäischer Politik anbelangt. Diese Vorzüge werden freilich mit einem erheblichen Preis erkaufte, der ihren praktischen Nutzwert stark beeinträchtigt: Wendts Theorie ist so komplex und ausgewogen, dass sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum originelle Vorhersagen erlaubt. Indem sie die stabilisierenden Wirkungen von kulturellen Interaktions- und Reproduktionsprozessen betont, bleibt sie erklärtermaßen statisch und auf historische Erklärungsansätze fixiert. Sie vermag, Umbrüche in Ablauf und Konsequenzen differenziert zu beschreiben – ihre Entstehung zu erklären oder gar vorherzusagen ist ihre Sache jedoch nicht. Sie kann viel besser plausibel machen, weshalb alles – oder doch wenigstens fast alles – so bleibt, wie es ist. Damit erfüllt sie zwar den Anspruch ihres Autors, dem es mehr um eine theoretische Grundlegung als um die Generierung testbarer Hypothesen geht (Wendt 1999: 6). Aus einer »Nutzerperspektive« bleibt die Prognosefähigkeit gleichwohl ein wichtiges Desiderat.

In dem vielschichtigen, anspruchsvollen und dennoch gut zu lesenden Buch sind zwei Thesen besonders hervorzuheben, die Wendts sozialkonstruktivistische Sicht der Weltpolitik von der des amerikanischen Mainstreams unterscheiden (Wendt 1999: 1f, 20f):

- Zum einen behauptet er, dass das internationale Geschehen weit mehr von ideellen als von materiellen Strukturen bestimmt wird, d. h. stärker von der Verteilung von wechselseitigen Vorstellungen als von materiellen Fähigkeiten abhängt.
- Zum anderen versucht er zu zeigen, dass bei der Konstruktion nationaler Identitäten und Interessen soziale Systemeigenschaften eine weit größere Rolle spielen, als von »rationalistischen Individualisten« gemeinhin angenommen wird: »Social structures have effects that cannot be reduced to agents and their interactions« (Wendt 1999: 138).

Die wichtigste Rolle in Wendts Theorie spielt deshalb der Faktor Kultur, verstanden als die kontinuierlich reproduzierte Gesamtheit von privatem, gemeinsamem und kollektivem Wissen über die Verteilung von Interessen, Identitäten, Institutionen und Ideen in der Staatenwelt. Bei alledem bleibt Wendt bewusst ein »gemäßigter« Konstruktivist. Im Gegensatz zu den Anhängern postmoderner Ansätze (Campbell 1992; Der Derian 1987) bekennt er sich in ontologischer Hinsicht zum (philosophischen) Realismus und methodisch zum Positivismus, d. h., er propagiert einen *thin constructivism*, demzufolge es auch in der sozialen Welt nach wie vor eine vom Betrachter unabhängige *reality out there* gibt, die sich mit szientistischen Methoden erforschen lässt (Wendt 1999: Kap. 2).

Wie die Realisten sieht auch Wendt das internationale System als ein anarchisches System, das von Staaten geprägt wird. Staaten sind für ihn entscheidende politische Akteure und als solche zu Recht »the primary unit of analysis« (Wendt 2001: 9, 14). Ihre formelle Souveränität und materielle Unabhängigkeit verleiht nach Wendt dem internationalen System durchaus anarchische Züge. An diesem Punkt enden dann allerdings schon die grundlegenden Gemeinsamkeiten mit den Neorealisten. Wie Anarchie konkret gestaltet ist und was sie für den einzelnen Staat bedeutet, ist Wendt zufolge nämlich in hohem Maße kontingent. Aus dem bloßen Fehlen eines internationalen Gewaltmonopols folgt für ihn noch keineswegs, dass Staaten stets um ihre Existenz fürchten müssen und sich in einem ständigen Überlebenskampf immer nur auf sich selbst verlassen können. Für den Autor sind sehr wohl harmonischere Formen internationaler Anarchie denkbar, bis hin zu Systemen, in denen sich die Staaten positiv miteinander identifizieren, als Freunde behandeln und die Autorität internationaler Normen (auch ohne die Zentralisierung von Macht) weitgehend respektieren. Für sich allein genommen sei Anarchie also ein Nichts. Soziale Bedeutung erlange sie erst im Kontext konkreten Verhaltens, ideeller Strukturen und spezifischer Rollenzuschreibungen. Entsprechend sei ein Fortschreiten zu insgesamt friedlicheren Staaten-Systemen auch ohne die Überwindung der Anarchie möglich, wenn auch nicht zwangsläufig. Zumindest für die westliche Staatenwelt wagt Wendt die Prognose, dass sie weiter zu einer Kantianischen Kultur voranschreiten wird, die kollektive Sicherheit und ein ungewöhnliches Maß an Zusammenarbeit ermöglicht (Wendt 1999: 297-314).

Zu dieser grundlegend anderen Auffassung gelangt Wendt, weil er zentrale Annahmen der Neorealisten (aber auch anderer Mainstream-Ansätze) verwirft oder ihre Geltung für historisch kontingent erklärt. Im Einzelnen stellt er Anhängern eines rationalistisch-individualistischen Materialismus folgende Grundthesen entgegen:

- Staatliche Interessen und Identitäten sind nicht durch das internationale System grundsätzlich vorgegeben, sondern in hohem Maße wandelbar (Wendt 1999: 96-109).
- Staatliche Präferenzen werden kaum von materiellen Faktoren oder intrinsischen Eigenschaften von Staaten bestimmt, sondern sind Ideen, die in sozialen Diskursen ständig reproduziert und verändert werden (Wendt 1999: 119-130, 224-243).
- Staaten sind nicht zwangsläufig egoistische Akteure, für die das Wohlergehen anderer Staaten allenfalls instrumentelle Bedeutung hat (Wendt 1999: 105, 290-294).
- Staaten kennen aus langjähriger Interaktion die Identitäten und Intentionen anderer gut genug, um nicht immer gleich den *worst case* anzunehmen (Wendt 1999: 108f, 281, 360).
- Staaten können soziale Normen so weit internalisieren, dass sie diese weniger aus Furcht vor negativen Sanktionen befolgen, sondern deshalb, weil sie sie als legitim und als konstitutiven Teil ihrer Identität erleben (Wendt 1999: 272-278).

Die Abwesenheit eines internationalen Gewaltmonopols, die Verteilung materieller Ressourcen und die intrinsischen Eigenschaften von Staaten haben nach Wendt einen geringen Einfluss auf das internationale Geschehen und staatliche Außenpolitik. Da diesen Faktoren sowohl für sich genommen als auch im Zusammenwirken eine spezifische Bedeutung fehle – britische Nuklearraketen haben für die USA eine ganz andere Bedeutung als nordkoreanische –, bestimmten sie staatliche Präferenzen und Strategien erst in Kombination mit einem kulturellen Kontext. Alle modernen Staaten mögen bestimmte Kerneigenschaften (Souveränität, Territorium, Gesellschaft, Gewaltmonopol) und wichtige Bedürfnisse (z. B. physische Sicherheit, Autonomie und Wohlstand) teilen. Konkrete Interessen sind, so Wendt, damit aber noch nicht verbunden. Diese setzten vielmehr umfangreiches Vorverständnis voraus über das »Funktionieren« der jeweiligen sozialen Umwelt, über die eigene Rolle in dieser Welt und über das, was zum eigenen Selbst, der eigenen Gruppe, gehört und was nicht. Was Staaten wollen, hänge davon ab, wer sie sind. Und wer sie sind, ergäbe sich wiederum vor allem daraus, wie sie von anderen behandelt und gesehen werden. So wie der Professor erst durch die Interaktion mit Studierenden zum Professor werde, der Herr erst durch den Knecht zum Herren, so werde auch der Hegemon erst durch fügsame Klienten-Staaten zum Hegemon und der *offshore balancer* erst durch machtmaximierende Kontinentalstaaten zur Balancemacht (Wendt 1999: Kap. 3-5). Die Konstituierung von Identitäten (und damit auch von Interessen) durch wechselseitiges Rollenverhalten gibt nach Wendt anarchischen Systemen erst ihre spezifische Bedeutung.

Hinsichtlich ihres außenpolitischen Verhaltens werden Staaten nach Wendt also ganz überwiegend von ihrer kulturellen Umwelt geformt. Die materielle Umwelt gäbe als solche nicht viel mehr als abstrakte »Preisanziehe« vor, aber nicht – um im Bild zu bleiben – wer für wen welche Produkte erwerben oder verkaufen möchte. Gleiches gälte für formelle internationale Institutionen: Welche »Anreize« für wen bedeutsam sind, bestimmt Wendt zufolge erst die ideelle Struktur – genauer: die ideelle Komponente der Gesamtstruktur. Das internationale System gleiche nur in den

seltensten Fällen einem Hotelbrand, den man nur überleben kann, wenn man sich konsequent den Erfordernissen der physischen Umgebung unterwirft. Die Todesrate sei unter Staaten so gering, dass »natürliche Selektion« auf die Staatenwelt nicht besonders vereinheitlichend wirke.⁸ Was die Situation erfordere, müsse meistens erst in Diskursen ermittelt werden, die ihrerseits alles andere als voraussetzungslos seien. Die Homogenisierung der Staatenwelt ist nach Wendt ganz überwiegend die Folge sozialer Interaktion. Kulturelle Kontexte schaffen Anpassungszwänge, denen nur schwer zu entgehen ist, und schon gar nicht dann, wenn diese Zwänge nicht als solche erkannt werden (Wendt 1999: 326-336). Wie diese kulturellen Kontexte internationaler Politik beschaffen sind, sei aber nur zu einem sehr geringen Teil durch materielle Strukturen vorgegeben, sondern ist ein Ergebnis historischer Prozesse: »Anarchy is what states make of it« (Wendt 1992).

Eine entscheidende Konsequenz dieser Offenheit besteht darin, dass es verschiedene anarchische Systeme geben kann, in denen ganz unterschiedliche Identitäten, Ideen und Interessen vorherrschen. Wendt unterscheidet drei »Kulturen der Anarchie« mit jeweils sehr verschiedenen Implikationen für die interagierenden Staaten. Je nachdem, welche Rollen die sie bevölkernden Staaten spielen, ergeben sich daraus:

- Hobbesianische Kulturen, in denen sie sich gegenseitig als Feinde behandeln und einander letztlich vernichten wollen;
- Lockeanische Kulturen, in denen sich die Staaten zwar noch als Rivalen behandeln, aber ihre Existenz gegenseitig akzeptieren oder
- Kantianische Kulturen, in denen sich Staaten miteinander identifizieren und einander daher als Freunde behandeln, die ein intrinsisches Interesse am Wohlergehen des anderen haben.

Jede dieser Kulturen ist ihrerseits auf drei verschiedene Weisen realisierbar, wobei nur bei der letzten Möglichkeit von einer kulturellen Hervorbringung im engeren Sinne gesprochen werden kann:

- Staaten können unmittelbar dazu gezwungen sein, andere entweder als Feinde und Rivalen oder als Freunde zu behandeln.
- Sie können dies ihrem egoistischen Interessenkalkül gemäß einfach nur für die »günstigste« Herangehensweise halten.
- Sie können bestimmte Rollen annehmen, weil sie die sie konstituierenden Normen als legitim anerkennen.

Wendt zufolge gibt es demnach neun Idealtypen von Anarchie, zwischen denen natürlich auch noch Übergangsformen existieren. Aus diesem Schema ergibt sich die wichtige Schlussfolgerung, dass prinzipiell auch ein Hobbesianischer Vernichtungskampf die Folge von stark internalisierten Normen sein kann.

Für Wendt ist zumindest die westliche Staatenwelt momentan allerdings weit entfernt von einer Hobbesianischen Kultur und im Gegensatz zu Mearsheimer (2001)

8 Vgl. Wendt (1999: 323f). An dieser Stelle besteht ein klarer empirischer Dissens mit Mearsheimer (2001: 458, Fn. 31). Dieser führt ein aktuelles APSA-Papier an, dem zufolge in den letzten zwei Jahrhunderten fast ein Viertel der Staaten (51 von 210) gewaltsam eliminiert wurde.

sieht er auch keine Gefahr, dass sie in einen solchen Zustand zurückfallen könnte. Nach seiner Überzeugung entspricht die westliche Staatenwelt heute am ehesten einem stark internalisierten Lockeanischen System (Wendt 1999: 349), das sich wahrscheinlich weiter in Richtung auf ein Kantianisches entwickelt, in dem sich die Staaten als »security team« (Wendt 1999: 297) begreifen. Fortschritt ist für Wendt zwar nie zwangsläufig, aber doch immerhin möglich, und im vorliegenden Fall weitaus wahrscheinlicher als Rückschritt. Diese Prognose ergibt sich nach Wendt (1999: 311-314) zum einen aus der Tatsache, dass Staaten in »höher entwickelten Kulturen« bestimmte Rechte (z. B. auf Überleben oder Beistand) erworben haben, die sie nicht freiwillig aufgeben werden.⁹ Zum anderen lasse sich ein Voranschreiten zu einer stark internalisierten Kantianischen Kultur auch aus den Hypothesen ableiten, die Wendt für die Herausbildung kollektiver Identitäten aufstellt.

Ein Strukturwandel, in dessen Folge Staaten sich miteinander identifizieren und als Freunde behandeln, ist nach Wendt an vier Voraussetzungen geknüpft, die allerdings nicht alle gleichzeitig gegeben sein müssen. Wendt (1999: 343-363) nennt folgende Hauptvariablen:

- Interdependenz (womit er aber wohl nur eine bestimmte Form der Interdependenz, nämlich problematische soziale Situationen, meint);
- ein gemeinsames Schicksal;
- Homogenität der Akteure;
- wechselseitige Zurückhaltung.

Wechselseitige Zurückhaltung ist für ihn dabei die einzige notwendige Bedingung. Nur das Vertrauen, dass andere uns nicht vollständig absorbieren (*engulf*) wollen, ermögliche uns die Identifikation mit ihnen. Dieses Vertrauen ist nach Wendt aber nur eine permissive Ursache und insofern noch keine hinreichende Bedingung. Zu der Sicherheit, dass unsere eigene Identität nicht ganz in der des Anderen aufgehen wird, müsse wenigstens noch eine positive Ursache, ein positiver Grund für die Entwicklung einer kollektiven Identität treten. Wenn beispielsweise *Interdependenz* zu stabiler Zusammenarbeit führe, könne diese Erfahrung wechselseitiges instrumentelles Wohlverhalten allmählich zu entsprechenden Rollenerwartungen für sich und das Gegenüber transformieren. Ein *gemeinsames* Schicksal laufe daraus hinaus, dass ein Dritter (z. B. ein gemeinsamer Gegner) die betroffenen Akteure gleichsam zu einer Gruppe mache und insofern auch die Herausbildung einer kollektiven Identität begünstige. Komplizierter ist Wendt zufolge der Identitätseffekt von *Homogenität*. Größere Gemeinsamkeiten könnten Konflikte unterbinden (z. B. Auseinandersetzungen über Verfassungsordnungen und Ideologien) und Gründe für Ausgrenzung und Diskriminierung minimieren. Sie könnten aber auch Abgrenzungstendenzen verstärken und Vorteile arbeitsteiliger Zusammenarbeit verringern. Wendt schreibt diesem Faktor mithin eine eher ambivalente Wirkung zu.

9 Wendt nimmt für die Entwicklung internationaler Kulturen somit ebenfalls eine Art »Schraubbratschen-Effekt« (vgl. Wallander/Keohane 1996, 1999: 33) an, der ein einmal erreichtes Niveau der Zusammenarbeit vor Erosionstendenzen schützt und Rückschritte nur bei größeren exogenen Schocks zulässt. Bei Wallander/Keohane (1996, 1999) bezieht sich der Effekt allerdings nicht auf Kulturen, sondern auf formelle internationale Institutionen.

Überhaupt räumt Wendt ein, dass mit diesen vier Variablen Strukturwandel nur sehr vage vorhergesagt werden könne. Zum Ersten weist er daraufhin, dass es neben diesen vier Faktoren auch noch andere einschlägige Auslöser geben könne (Wendt 1999: 343). Zum Zweiten bezieht er den Einfluss innenpolitischer Größen nicht systematisch mit ein, obwohl er ihnen in diesem Zusammenhang große Bedeutung unterstellt (Wendt 1999: 364f). Schließlich ist seine Erklärung auch deshalb unvollständig, weil er die Bildung von kollektiven Identitäten bewusst bloß auf der Mikroebene diskutiert, also mit Bezug auf Interaktionsprozesse zwischen einzelnen Staaten. Damit bleibt noch offen, wie Veränderungen auf der Mikroebene ein Makrophänomen wie die Transformation einer ganzen Kultur hervorbringen können (Wendt 1999: 365f). Klare Vorhersagen über die Entwicklung kollektiver Identitäten kann Wendts Theorie damit nicht machen. Dass sie nicht einmal auf ihrem *home turf* eine hohe Prognosefähigkeit besitzt, ist indes kein Zufall, sondern in der Theorie angelegt.

Eine wichtige Beschränkung, die Wendts *Social Theory of International Politics* mit den meisten konstruktivistischen Ansätzen teilt (vgl. Risse 1999; Kowert/Legro 1996: 488), ist der statische Charakter, der aus dem behaupteten Gewicht ideeller Strukturen resultiert und es ihr entsprechend erschwert, Veränderungen zu erklären oder vorherzusagen (Wendt 1999: 185-187, 340). Zwar wird oft das Gegenteil behauptet: »If constructivism is about anything, it is about change« (Adler 2002: 102). Diese Charakterisierung gilt jedoch weit mehr für die Beschreibung von Wandel als für dessen Erklärung: »Far from providing prima facie evidence for a constructivist approach, the fact of structural change in international politics actually poses a significant explanatory challenge« (Wendt 1999: 315). Wie Wendt (1999: 108, 184-189, 238, 315, 339f) nicht müde wird zu betonen, zeichnen sich Kulturen durch ein starkes Beharrungsvermögen aus. Sie tendierten dazu, sich selbst zu reproduzieren, seien *self-fulfilling prophecies*. Rollenzuschreibungen und Identitäten würden in unproblematischen Interaktion laufend bestätigt und verfestigt. Akteure, deren Interessen durch Strukturen konstituiert werden, entwickeln Wendt zufolge ein Interesse an deren Fortbestand (Wendt 1999: 248, 337). Und selbst wenn einzelne Akteure sich nicht (mehr) systemkonform verhalten, gefährde dies noch längst nicht die Stabilität der jeweiligen Kultur. Wie Grammatik und Semantik unabhängig von der Sprachkompetenz jedes Einzelnen Bestand haben, so werde auch die Kultur des Staatensystems nicht schon durch das abweichende Verhalten einzelner Staaten in Frage gestellt. Kulturen könnten als Makrophänomene durch viele unterschiedliche Mikro-Zustände aufrecht erhalten werden, sie sind »multiply realisable« (Wendt 1999: 152-156, 164). Wenn Kulturen sich selbst reproduzieren und punktuelle Verhaltensabweichungen gut bewältigen, dann bedarf es zu ihrer Veränderung (insbesondere dann, wenn es sich um stark internalisierte Kulturen handelt) vor allem exogener Schocks oder aber unintendierter Konsequenzen angepassten Verhaltens, d. h. es müssen Ereignisse eintreten, die der Theorie exogen sind.¹⁰

10 vgl. Wendt (1999: 188). Wendt nennt darüber hinaus als mögliche Auslöser von Wandel noch interne Widersprüche und neue Ideen. Erstere dürften in einer starken Kultur eher selten auftreten, Letztere sind natürlich ebenfalls eine exogene Variable, deren Auftreten

Insofern würde sich eine theoretische Arbeitsteilung anbieten, bei der Sozialkonstruktivistinnen für die Erklärung von systemischer Kontinuität und kultureller Verarbeitung materieller Veränderungen verantwortlich zeichneten, wohingegen rationalistische Materialisten primär für zeitlich und räumlich begrenztere Interaktionen – also auch Umbruchsituationen – zuständig wären. Die für die politische Praxis interessanteren Fälle müssten demnach eine Domäne der anderen Ansätze bleiben, während die Sozialkonstruktivistinnen ihren komparativen Vorteil bei der Erklärung von Kontinuität und langfristiger Transformation suchen müssten.¹¹

Für die innerwestlichen Beziehungen ergibt sich aus Wendts Theorie also primär die Erwartung, dass sie schwerer von externen Schocks transformiert werden können als andere Interaktionsmuster, die überwiegend auf materiellen Anreizen beruhen. Der Autor wagt daher auch nur die Prognose, dass sich diese kooperativen Beziehungskulturen ohne äußere Einwirkung weiter verstetigen werden, nicht zuletzt weil Normen des freundschaftlichen Umgangs zunehmend internalisiert werden dürften (Wendt 1999: 310-314). Über die Art möglicher Interaktionen und die notwendige Stärke von exogenen Schocks, die diese Entwicklung umkehren könnten, lässt sich auf dieser Grundlage indes nicht viel sagen. Gerade in der aktuellen Krise der transatlantischen Beziehungen würden politische Praktiker aber vermutlich konkretere Hinweise oder Einschätzungen begrüßen.

Ein verwandtes Problem der Wendtschen Theorie ergibt sich aus dem – an sich begrüßenswerten – Bemühen um eine ausgewogene Berücksichtigung möglichst vieler relevanter Faktoren und Erklärungszusammenhänge. Im Gegensatz zu anderen Sozialkonstruktivistinnen (Katzenstein 1996: 5; Ruggie 1998: 856) begnügt sich Wendt nicht mehr mit der Formulierung eines partiellen Erklärungsansatzes, eines

nicht erklärt, geschweige denn vorhergesagt werden kann. Ausführlich zu dieser Problematik Welton (2002).

- 11 Diese Aufgabenverteilung wird viele LeserInnen überraschen, geht doch eine weit verbreitete Meinung dahin, dass rationalistische Ansätze gründlich versagen, wenn das plötzliche Ende des Ost-West-Konflikts erklärt werden soll. Ob sozialkonstruktivistische Erklärungen in diesem Fall tatsächlich überlegen sind, ist freilich zweifelhaft. Für eine interessante neuere Analyse auf der Grundlage neuester Quellen vgl. Brooks/Wohlforth (2000/2001). Sie kommen zu dem Schluss, das Umdenken in Moskau sei primär darauf zurückzuführen, dass die Sowjetunion den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen nicht mehr durchhalten konnte. Diese Auffassung habe sich in allen sowjetischen Führungszirkeln relativ zeitgleich durchgesetzt, d. h. *unabhängig* von den verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten einzelner Gruppen. Wendt (1999: 367) selbst regt eine ähnliche zeitliche Arbeitsteilung an, bei der der Sozialkonstruktivismus primär für langfristige Prozesse zuständig wäre: Er geht allerdings von der Annahme aus, dass nur Konstruktivistinnen systemische Veränderungen erklären können, weil Rationalisten Akteursidentitäten (und mit ihnen die internationalen Kulturen selbst) als konstant unterstellen. Wendt vernachlässigt hierbei aber die Implikationen seiner eigenen Kontinuitätsthese, die eine rein kulturelle Erklärung von Transformation ausschließt. In letzter Konsequenz verlangt die Erklärung kulturellen Wandels nach einer Integration rationalistisch-materialistischer und kultureller Ansätze, bei der – ganz wie beim Beispiel des »Neuen Denkens« – Erstere vielfach den unmittelbaren Anstoß und Letztere die kulturelle Verarbeitung und anschließende Verstetigung von Schockwirkungen, neuen Ideen und unbeabsichtigten Handlungsfolgen erörtern müssten.

approaches, der lediglich die Leerstellen rationalistischer Theorien aufzeigen und ergänzen soll. Vielmehr geht es Wendt um die Formulierung einer kohärenten und in sich abgeschlossenen Theorie internationaler Politik. Er versucht ganz bewusst, der ganzen Komplexität internationaler Politik Rechnung zu tragen und dabei grobe Vereinfachungen und Verabsolutierungen zu vermeiden. So spielen für ihn wichtige Rollen:

- sowohl materielle als auch ideelle Strukturen, obgleich die ideellen zumeist wichtiger sind (Wendt 1999: 109-113, 256);
- sowohl innenpolitische als auch systemische Faktoren (Wendt 1999: 21, 178-184, 231, 364f);
- sowohl egoistische Staatsinteressen als auch per se kollektive Interessen, die unmittelbar auf das Wohlergehen einer ganzen Staatengruppe gerichtet sind (Wendt 1999: 105-107, 290-295);
- sowohl kausale als auch konstitutive Zusammenhänge (Wendt 1999: 77-88, 165-178);
- sowohl zweckrationales als auch regelgeleitetes Verhalten;
- sowohl natürliche als auch kulturelle Selektion (Wendt 1999: 318-336).

Indem er aber in vielen Fragen klare Festlegungen vermeidet – er selbst spricht gelegentlich von der »via media« (Wendt 1999: 40) – und auch nicht immer die Kontextbedingungen für die Priorität einer bestimmten Variable benennt, beraubt er seine Theorie weitgehend der Fähigkeit zu Prognosen. Dass etwa in der Kontroverse zwischen Holisten und Individualisten die Wahrheit »somewhere in between« (Wendt 1999: 245) liegt, werden nur Wenige bestreiten wollen. Vom Fazit eines Kapitels erhofft man sich dennoch spezifischere Aussagen.

Besonders unverständlich ist die genauere Abgrenzung von Einflussgrößen im Verhältnis zwischen systemischen und innerstaatlichen Determinanten. Welche relative Bedeutung innergesellschaftliche und innenpolitische Prozesse konkret haben, lässt Wendt weitgehend im Dunkeln. Obwohl er verschiedentlich einräumt, dass die Interaktion innerhalb staatlicher Grenzen weitaus dichter sein kann als über sie hinweg (Wendt 1999: 2, 27f), und obgleich er innenpolitischen Faktoren entscheidende Bedeutung bei zwischenstaatlichen Identifikationsprozessen unterstellt (Wendt 1999: 364f), bleibt die Rolle interner Prozesse eine gravierende Leerstelle seiner Theorie. Wie und in welchem Maße nationale politische Kultur außenpolitische Identitäten und Verhaltensweisen beeinflussen, findet ebenso wenig eine systematische Erörterung, wie die Frage, auf welche Weise innergesellschaftliche Interessengruppen einzubeziehen sind.¹² Hieraus resultieren zwei ernsthafte Probleme: Zum einen bleibt so die Frage offen, wie stabil die Ergebnisse systemischer Sozialisation gegenüber internem Wandel sind. Wendt schafft sich dadurch eine offene Flanke gegenüber strukturellen Realisten, welche die generelle Möglichkeit interner Umbrüche als Argument für ihre Grundprämisse anführen, die Intentionen anderer

12 Wendt (1999: 14, 28, 193f) begründet diese Selbstbeschränkung damit, dass es ihm schließlich um eine soziale Theorie der *internationalen* Politik gehe.

Staaten seien prinzipiell nicht absehbar.¹³ Zum anderen reduziert diese Lücke die Erklärungs- und Prognosefähigkeit in den beileibe nicht seltenen Fällen, in denen nationale Entscheidungsträger sich inkompatiblen Erwartungen und Anforderungen aus dem nationalen und internationalen Umfeld gegenüber sehen (Boekle et al. 2001: 113f). Insofern wären zumindest grobe Anhaltspunkte hilfreich, unter welchen Bedingungen welche Normen ausschlaggebend sind. So teilt Wendts Theorie das Problem vieler konstruktivistischer Ansätze, dass sich im Zweifelsfall ex post immer irgendeine Norm finden lässt, welche die zu erklärende Handlung rechtfertigt oder verlangt (Kowert/Legro 1996: 486).

Alle drei Probleme – die Betonung relativ statischer Reproduktionsprozesse, die Vielzahl von Einflussvariablen und die lückenhafte Spezifizierung von Kontextbedingungen konkurrierender Variablen – ergeben zusammen eine dritte Schwäche (oder doch zumindest gravierende Einschränkung), die man – klänge es weniger umständlich – als »Historiographisierung der Internationalen Beziehungen« bezeichnen könnte. Insbesondere die hohe Komplexität der Wendtschen Theorie, die Betonung kultureller Kontinuität und die große Bedeutung von Pfadabhängigkeiten (Wendt 1999: 238, 340) führen dazu, dass eine Erklärung à la Wendt kaum noch von soziologisch inspirierter Geschichtsschreibung zu unterscheiden ist. Nicht zufällig kritisiert Wendt die Vorurteile, die viele seiner Kolleginnen und Kollegen gegenüber »bloßen« Beschreibungen oder historischen Untersuchungen hegen (Wendt 1999: 87). Politikwissenschaftlicher Dünkel gegenüber Historikerkollegen ist sicherlich unangebracht. Ob es allerdings ratsam ist, die methodischen Eigenheiten (Stärken und damit verbundene Einschränkungen) der Politikwissenschaft weitgehend aufzugeben, ist eine andere Frage. Gerade ein Wissenschaftler wie Wendt, der sich als Positivist versteht, müsste es eigentlich bedauern, wenn hypothesentestende Fallstudien zunehmend hochkomplexen Einzeluntersuchungen Platz machen, deren Ergebnisse nicht mehr falsifizierbar wären (vgl. Wendt 1999: 39, 90, 372f). Die Tendenz des Buches geht aber genau in diese Richtung; zumindest fällt es schwer, sich Ereignisse oder Entwicklungen auszumalen, die nicht mehr mit Wendts Theorie zu vereinbaren wären (vgl. Copeland 2000: 208). Als eindeutige Anomalien wären wohl nur drastische Veränderungen des internationalen Kooperationsniveaus anzusehen, sofern diese sich vor dem Hintergrund stark internalisierter Kulturen vollzögen. Für die politische Praxis bietet Wendt somit kaum konkrete Orientierung, sieht man einmal von der beruhigenden Versicherung ab, dass schnelle und tiefgreifende Umbrüche selten zu erwarten sind.

13 Vgl. Copeland (2000: 203f). Copeland übertreibt allerdings die Implikationen dieses Punktes, wenn er ihn schon als durchschlagende Erwiderung des strukturellen Realismus gelten lassen will. Unter anderem ignoriert er in seiner Kritik die Frage der Vorwarnzeiten: Innenpolitische Umbrüche und aggressive Sicherheitskulturen entwickeln sich auch auf nationaler Ebene ganz selten über Nacht. Zumindest in aktuell stabilen Demokratien kündigen sie sich lange vorher an. So gesehen kann es auch für sehr sicherheitsbewusste Staaten durchaus sinnvoll sein, bis auf weiteres eine stabile Identität ihrer Nachbarn zu unterstellen.

So hinterlässt Wendts *Social Theory of International Politics* trotz all ihrer Stärken einen zwiespältigen Gesamteindruck. Aufgrund ihres hohen Reflexionsniveaus, ihrer interdisziplinären Fundierung und der systematischen Verortung in der intra-disziplinären Debatte wird diese Monographie auf Jahre hinaus ein Referenzpunkt unserer Theoriediskussion sein. Nicht ohne Grund wurde sie schon als »work of outstanding scholarship« (Kratochwil 2000: 74) bezeichnet. Sie steht aber auch für eine Entwicklung, die den theoretisch fundierten Teil der Disziplin weiter von der praktischen Politik entfernt. Wendt selbst ist sich dieser Problematik durchaus bewusst und plädiert keineswegs für eine Konzentration auf epistemologische und ontologische Streitfragen. Ihm geht es erklärtermaßen nur um die Begründung einer allgemeinen sozialen Theorie, die anderen Forschern den Weg zu spezifischeren Theorien weisen soll (Wendt 1999: 370). Ob er damit bei seinen LeserInnen soweit Gehör finden wird, dass sie auf der Basis seiner Ontologie stärker anwendungsorientierte und testbare Theorien entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Einstweilen steht für den Konstruktivismus der angemahnte Brückenschlag zur Praxis noch aus (Adler 2002: 111). Inwieweit er gelingen wird, hängt auch davon ab, ob konstruktivistische Forscher ein kohärentes und konzises Programm entwickeln, das nicht zuletzt Nicholas Onufs Mahnung beherzigt, »[that] constructivism offers more than the scholarly equivalent of a free lunch« (Onuf 2001: 244).

4. *Zur Gestaltung von Nachkriegsordnungen: Ikenberrys Theorie mittlerer Reichweite*

John Ikenberry (2001) widmet sich sehr viel direkter als Mearsheimer (2001) und Wendt (1999) dem Problem der internationalen Ordnung. Im Unterschied zu den beiden genannten Autoren sieht er sie nicht als glückliches Abfallprodukt von Sicherheitsrivalitäten (Mearsheimer 2001: 48-53) oder als Folge eines langen und kaum steuerbaren Kultivierungsprozesses (Wendt 1999: Kap. 6-7). Vielmehr geht er davon aus, dass dauerhafte Ordnungen von führenden Staaten unter günstigen Umständen bewusst geschaffen werden können. Nach Ikenberry bietet das Ende eines großen Krieges einer besonders dominanten Siegermacht die Gelegenheit, internationale Institutionen durchzusetzen, welche die Beziehungen zwischen den Großmächten nachhaltig stabilisieren können. In seinem Buch geht er der Frage nach, wann und warum dominante Siegermächte dies versuchen und wovon der Erfolg ihrer Bemühungen abhängt. Ikenberry entwickelt hierzu zunächst ein theoretisches Modell, das zum einen die strategischen Optionen und Kalküle der dominanten Siegermächte aufzeigt und bewertet, und das zum anderen erklären soll, wie bei Kriegsende etablierte Institutionen strategische Zurückhaltung der Mächte auf Dauer sicherstellen können. Anschließend überprüft er dieses Modell anhand von drei Fallstudien, die sich mit den Ordnungsversuchen im Gefolge der Napoleonischen Kriege und der beiden Weltkriege befassen. Auf dieser Basis analysiert er die Entwicklung seit 1989 und zieht Schlussfolgerungen für die aktuelle amerikanische Außenpolitik, die auf ein engagiertes Plädoyer für umsichtigen Multilateralismus hinauslaufen (Ikenberry 2001: 270-273).

Die Stärke dieser Monographie ist zweifellos in der innovativen Theorie mittlerer Reichweite zu sehen, ihre Hauptschwäche in der unzureichenden Überprüfung und empirischen Evidenz des Modells. Ikenberrys Ansatz, die Unterschiede bei den Ambitionen und Erfolgen der Ordnungsbemühungen dominanter Siegermächte zu erklären, stellt eine interessante und weitgehend einleuchtende Integration von Hypothesen verschiedener Disziplinen und Theorietraditionen dar. Eine prominente Rolle spielen dabei neorealistische Komponenten, institutionalistische Hypothesen (insbesondere, aber nicht nur solche des historischen Institutionalismus) sowie Ergebnisse der vergleichenden Demokratieforschung. Das Ergebnis ist Ikenberrys (2001: Kap. 3) »institutional theory of order formation«, die trotz ihrer eklektischen Natur und mancher begrifflicher Unschärfen konsistent und relativ stringent aufgebaut ist.

Die empirische Untermauerung misslingt Ikenberry (2001) indes in mancher Hinsicht. Ein schwer auszuräumendes Problem ist die geringe Anzahl von Beobachtungen, die dadurch bedingt ist, dass jede Fallstudie nur aus einer Beobachtung besteht. Hinzu kommen weitere Schwächen, die Ikenberry leichter hätte vermeiden können. So überprüft er nur eine seiner beiden abhängigen Variablen systematisch, nämlich die Nachkriegsstrategie der dominanten Siegermacht. Die Ausprägung der zweiten Variable – der tatsächliche Charakter und die Stabilität der etablierten internationalen Ordnung – wird in den ersten beiden Fallstudien unzureichend nachgeprüft.¹⁴ In diesen zwei Kapiteln verliert sich Ikenberry vielfach in historischen Darstellungen, die kaum noch einen erkennbaren Bezug zu seinen Modellvariablen aufweisen. Wirklich gelungen ist nur die Fallstudie zur amerikanischen Ordnungspolitik nach 1945. Ihr Aussagewert leidet aber, wie Ikenberry (2001: 20, 216f, Fn. 3) einräumen muss, ganz erheblich darunter, dass die enge Zusammenarbeit zwischen den Westmächten überdeterminiert war. Angesichts des heraufziehenden Konflikts mit der Sowjetunion und deren militärischer Überlegenheit in Europa haben selbst pessimistische Realisten wie Mearsheimer wenig Probleme, den Erfolg der transatlantischen Institutionen zu erklären (Mearsheimer 2001: 49, 322-329). Inwieweit amerikanische Ordnungspolitik auch ohne den Kalten Krieg den vom Modell prognostizierten Erfolg gehabt hätte, lässt sich auf dieser Basis kaum beantworten.

Nach Ikenberry bietet der militärische Erfolg in einem großen Krieg den Siegern eine seltene Gelegenheit die internationale Ordnung aktiv zu gestalten. Nicht nur sind mächtige Gegner mit unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen ausgeschaltet, sondern es gibt auch einen erhöhten Bedarf an neuen Regelungen. Besondere Möglichkeiten ergeben sich dabei für die dominante Siegermacht, die dann zumeist, nach einem »windfall« of power assets« (Ikenberry 2001: 4), im Zenit ihrer Macht steht. Laut Ikenberry hat sie in dieser Situation zwei grundsätzliche Möglichkeiten, eine internationale Ordnung, d. h. nach Ikenberry »governing« arrangements among a

14 Diese Kritik erscheint auch dann noch berechtigt, wenn man in Rechnung stellt, dass Ikenberry in den ersten beiden Fallstudien erklärtermaßen auf eine Überprüfung der Stabilität verzichtet, schwächt er doch damit seinen Anspruch, die größere (?) Stabilität der Ordnung nach 1945 erklären und auf dieser Basis Politikempfehlungen geben zu können (Ikenberry 2001: 44-48, 266-273).

group of states, including its fundamental rules, principles, and institutions« (Ikenberry 2001: 23), zu schaffen: Sie kann sich überwiegend auf ihre Macht stützen und ihre Interessen mit Zwang durchsetzen oder aber konsensfähige Institutionen schaffen, die für alle Mächte den Einsatz von Machtmitteln spürbar einschränken (Ikenberry 2001: 50-55). Bei der Entscheidung für die erste Option wird sich, je nachdem wie überlegen die stärkste Siegermacht ist, eine hegemoniale Ordnung oder eine internationale Ordnung herausbilden, die nach der Gleichgewichtslogik funktioniert. Diese beiden Typen politischer Ordnung können Ikenberry (2001: 23-29, 45-47) zufolge nur so lange Stabilität gewährleisten, solange die anfängliche Machtverteilung Bestand hat. Entscheidet sich die stärkste Siegermacht hingegen für eine institutionelle Strategie, so kann sie eine »constitutional order« schaffen, deren Stabilität in stärkerem Maße auf dem Konsens der beteiligten Mächte beruht (Ikenberry 2001: 47f, 52f).

Für die dominante Siegermacht bietet die konstitutionelle Ordnung den doppelten Vorteil, dass sie auf Dauer weniger kostspielig aufrecht zu erhalten ist und sie die dominante Macht besser vor dem Wiederaufstieg konkurrierender Mächte schützt. Konstitutionelle Ordnungen zeichnen sich nach Ikenberry in der internationalen Politik durch ähnliche Wirkungen aus wie innerhalb von Staaten: Sie beschränken den Einsatz von Machtressourcen durch weithin akzeptierte Entscheidungs- und Konsultationsregeln und begrenzen auf diese Weise die »returns to power« (Ikenberry 2001: 32), also die Gewinne, die sich unmittelbar aus dem Einsatz überlegener Machtmittel ziehen lassen. Eine konstitutionelle Ordnung beruht insofern auf einem mehr oder weniger deutlich ausgesprochenem Geschäft (*institutional bargain*), bei dem sich die augenblicklich überlegene Macht zur institutionellen Einbindung bereit findet. Sie verzichtet damit sowohl auf die konsequente Ausnutzung ihrer momentanen Überlegenheit als auch auf den einseitigen Rückzug aus der Region und erwartet im Gegenzug dafür, dass ihre Partner ein späteres Wiedererstarken nicht für eine kompromisslose Revision der vereinbarten Ordnung ausnutzen (Ikenberry 2001: 56f, 258f). Metaphorisch gesprochen wirken die institutionellen Beschränkungen einer konstitutionellen Ordnung also wie eine Wagenfederung, die die Wirkung von Machtveränderungen auf die internationale Ordnung dämpft. Sie verspricht damit eine Lösung für das Problem der Machtverschiebung, das gerade in realistischen Theorien als wichtige Ursache von Konflikten und Kriegen gilt.¹⁵

Die entscheidenden Fragen sind nun, warum sich die dominante Siegermacht im Zenit ihrer Macht auf derartige Beschränkungen einlassen sollte, und vor allem aber, warum sich die momentan geschwächten Partner später, nach ihrem eventuellen Erstarken, weiterhin an beschränkende Regeln halten sollten, die sie in einer Phase relativer Schwäche akzeptieren mussten. Weshalb sollte die dominante Siegermacht darauf bauen, dass ihre anfängliche Selbstbeschränkung von den Partnern auch noch honoriert wird, wenn sich deren Verhandlungsposition spürbar gebessert hat? Die Antwort auf diese Frage sieht Ikenberry (2001: 41) mit dem historischen Institutionalismus im so genannten *lock-in*-Effekt von Institutionen. Ähnlich wie auch Konstruktivist*innen geht Ikenberry (2001: 55) davon aus, dass normative Strukturen sich

15 Vgl. Carr (1946: Kap. 13); Gilpin (1981); Van Evera (1999: Kap. 4); Fearon (1995: 404-408).

durch Praxis zunehmend verfestigen. Institutionen lassen sich nicht nur mit der Zeit immer schwerer verändern, sie entfalten aus vielerlei Gründen auch eine wachsende Wirkung auf die eingebundenen Staaten: Sie stellen eine kostspielige Investition dar, die man nicht leichtfertig abschreibt, vor allem dann nicht, wenn sie bislang die Grundlage für erfolgreiche Zusammenarbeit waren; sie basieren häufig auf formellen Übereinkünften, die nicht ohne politische Kosten gebrochen werden können; sie fördern Lerneffekte und die Herausbildung innenpolitischer Entscheidungsverfahren, die mit anderen Ordnungen schlechter kompatibel wären; und sie führen zur Bildung von gesellschaftlichen und bürokratischen Netzwerken, Routinen und Koalitionen, welche einer Regelverletzung im Wege stehen (vgl. Ikenberry 2001: 65-72). Diese Effekte sollten Ikenberry zufolge besonders stark in den Beziehungen zwischen Demokratien wirken, weil sich diese Staaten durch überdurchschnittliche Transparenz, größeren Pluralismus, dezentralisierte Entscheidungsverfahren, institutionelle Machtbeschränkungen und Rechtsstaatlichkeit auszeichnen. Diese Eigenschaften schützen ihre Partnerstaaten vor plötzlichen Überraschungen und eröffnen ihnen vielfältige Möglichkeiten, den außenpolitischen Entscheidungsprozess bereits im Vorfeld durch Lobbyaktivitäten zu beeinflussen (Ikenberry 2001: 75-78, 268f). Ikenberrys Modell konstitutioneller Ordnungspolitik lässt sich somit mit folgendem Zitat auf den Punkt bringen:

»Postwar states are most likely to seek an institutional bargain when democratic states face each other in highly asymmetrical power relations: that is, when a newly powerful state is most concerned with establishing an order that does not require a continuous power struggle and weaker states are most worried about domination and abandonment; and when the type of states that are party to the settlement are most able to establish institutions that are credible and binding« (Ikenberry 2001: 78).

Die entscheidenden Variablen sind demnach die Machtverteilung bei Kriegsende, ihre erwartete Entwicklung und das politische System der beteiligten Siegermächte.

Auffällig ist, dass Ikenberry in seinem Theorieteil kaum erörtert, was darüber hinaus die Stabilität einer Ordnung beeinflusst, wie er ja auch in den Fallstudien die Fortentwicklung der einzelnen Ordnungen eher vernachlässigt. Abgesehen vom demokratischen Charakter der beteiligten Staaten und dem Umfang der Machtein-schränkungen nennt er in seinem Schlusskapitel noch die Komplexität der Institution, ihre Anpassungsfähigkeit und ihre Autonomie gegenüber Klassen und Interessengruppen als Faktoren, welche die Dauerhaftigkeit einer internationalen Ordnung erhöhen (Ikenberry 2001: 268f). Unklar bleibt, ob nicht größere Anpassungsfähigkeit die Erwartungsverlässlichkeit beeinträchtigt, die für die *stickiness* von Institutionen entscheidend ist. Gravierender ist jedoch der Umstand, dass Ikenberry den Zentralbegriff *political order* nicht konsistent verwendet und insbesondere offen lässt, inwieweit »order« über »stable, recurrent, and cooperative social relations« (Ikenberry 2001: 10, Fn. 11) hinaus auch notwendigerweise normative Elemente wie Regeln und Verfahren umfasst.¹⁶ Dass derartige Unschärfen die empirische

16 Vgl. Ikenberry (2001: 29, 45). Besonders unklar sind die diesbezüglichen Ausführungen, in denen Ikenberry »fundamental rules, principles, and institutions« erst zu zentralen Ele-

Beurteilung des Modells und die Einschätzung seiner politischen Anwendbarkeit erschweren, bedarf keiner näheren Begründung.

Ikenberrys Prognosen für die Zukunft der innerwestlichen Beziehungen sind daher nicht viel präziser als diejenigen von Wendt (1999). Wie dieser erwartet er eher eine Fortsetzung der transatlantischen Kooperation als einen Rückfall in traditionelle Gleichgewichtspolitik. Die von den USA errichtete konstitutionelle Ordnung sichere die übrigen Partner gegen einen Missbrauch amerikanischer Überlegenheit. Gerade die gemeinsamen Institutionen von Demokratien eröffneten den schwächeren Staaten so viele politische Einflussmöglichkeiten, dass Gegenmachtbildung kaum mehr eine attraktive Alternative darstelle. Je länger die Beteiligten die Vorteile dieser konstitutionellen Politikverflechtung genießen würden, desto mehr würden sie sich an ihr orientieren und damit noch stärker von ihr abhängig werden. Die Rückkehr zu teurer und riskanter Machtpolitik, so Ikenberry, werde mithin immer unwahrscheinlicher, zumindest – und das ist eine wichtige Einschränkung des Autors – solange die USA ihre überlegene Machtposition zurückhaltend und im Rahmen der gemeinsamen Ordnung wahrnehmen. Was sie allerdings zu einem solchen Schwenk veranlassen könnte, bleibt unklar. Schließlich behauptet Ikenberry, ganz im Gegensatz zu neorealistischen Theoretikern, dass die wechselseitigen Einbindungen auf Dauer auch die Machtposition des Hegemons absichern helfen (Ikenberry 2001: 269-273).

In seinen Fallstudien gelingt es Ikenberry nur sehr bedingt, den Erklärungswert seines Modells nachzuweisen. Diese Kritik trifft auch dann noch zu, wenn man die Überprüfung auf die erste abhängige Variable beschränkt, auf die Nachkriegs-Strategie der führenden Siegermacht. So krankt die Fallstudie zur post-napoleonischen Ordnung nicht allein daran, dass deren relative Stabilität nicht näher erörtert wird – Ikenberry bezeichnet diese Ordnung unter Verweis auf unterschiedliche historische Einschätzungen einfach als »quite successful« (Ikenberry 2001: 80) –, sondern leidet auch darunter, dass allein schon die Identität der führenden Siegermacht unklar ist. Im Unterschied zu Paul Kennedy, auf den sich Ikenberry hier beruft, sieht die Mehrzahl der Historiker das damalige Großbritannien nicht als dominante Siegermacht, sondern konstatiert eher ein anglo-russisches Gleichgewicht.¹⁷ Noch lässt sich Londons Ordnungspolitik, wie in Ikenberrys Modell angenommen, mit der Sorge vor den Folgen machtpolitischen Abstiegs erklären. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven des Mutterlands der industriellen Revolution dürfte es nicht leicht fallen, derartige Belege beizubringen (Ikenberry versucht es erst gar nicht). Schließlich bleibt der Autor auch überzeugende Belege dafür schuldig, dass der undemokratische Charakter der Alliierten britische Bemühungen

menten von Ordnung erklärt, nur um dann einige Zeilen später, »normative agreement« zwischen den Mitgliedern als unnötigen Bestandteil internationaler Ordnung zu bezeichnen (Ikenberry 2001: 23).

17 Schroeder (1992: 688); Kraehe (1992: 708); Gruner (1992: 731); LeDonne (1997: 254); Bridge/Bullen (1980: 7, 20).

um bindendere Institutionen erschwerte.¹⁸ Tatsächlich war es, wie Ikenberry (2001: 110) zugesteht, weit mehr das britische Parlament (!), das stärker bindenden Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des territorialen Status quo im Wege stand. In den ersten Nachkriegsjahren schlugen insbesondere Russland und Preußen territoriale Garantien und regelmäßige Konferenzen vor – Ikenberrys wiederholte Behauptungen, es habe nach 1815 einen *permanenten* Konsultationsmechanismus gegeben (Ikenberry 2001: 104f, 111), entbehren jeder Grundlage – und es waren die britischen Diplomaten, die solche Verregelungsinitiativen mit Rücksicht auf Kabinett und Parlamentsmeinung rundweg ablehnten (Kissinger 1990: Kap. 12; Webster 1925: 153-165). Alles in allem taugt dieses Modell somit kaum dazu, die Etablierung des europäischen Mächtekonzernts zu erklären.

Auch die zweite Fallstudie, die sich mit der Rolle der USA am Ende des Ersten Weltkriegs befasst, vermag in wesentlichen Punkten nicht zu überzeugen. Das Ausscheren der USA infolge der Nichtratifizierung des Versailler Vertrages stellt für Ikenberrys Modell in der Tat ein Problem dar. Schließlich waren die USA bei Ende des Ersten Weltkriegs machtpolitisch weitaus überlegener als Großbritannien im Jahr 1815. Zudem handelte es sich diesmal bei allen Siegermächten um Demokratien. Um das Scheitern des *institutional bargain* dennoch zu erklären, muss Ikenberry entsprechend auf modellfremde Variablen zurückgreifen. Dazu verweist er zum einen auf die Halsstarrigkeit Präsident Wilsons (Ikenberry 2001: 161), der die *Amendments* der gemäßigten Internationalisten im US-Senat kompromisslos ablehnte, zum anderen aber auf innenpolitische Entwicklungen in den europäischen Siegermächten. Dort habe die rasche Zurückdrängung linksliberaler Mehrheiten durch konservativere Parteien Wilsons Ordnungskonzeption die notwendige Unterstützung entzogen (Ikenberry 2001: 160). Diese Erklärung krankt nicht nur an der Vernachlässigung der Tatsache, dass die Ratifizierung des Versailler Vertrages im amerikanischen Senat gescheitert ist (und nicht in einem europäischen Parlament), ihr Ad-hoc-Charakter unterstreicht auch eine auffallende Leerstelle in Ikenberrys Modell: die Ausblendung konkreter Macht- und Interessenkonstellationen innerhalb von Staaten. Dies ist eine verwunderliche Entscheidung, wenn man bedenkt, dass für Ikenberry die Außenpolitik demokratisch verfasster Staaten eine zentrale Rolle bei der Initiierung konstitutioneller Ordnungen spielt. Implizit unterstellt er damit, dass es selbst bei entscheidenden politischen Weichenstellungen nur auf die institutionellen Rahmenbedingungen ankommt und nicht so sehr darauf, wer diese Institutionen mit welchen Absichten nutzt.

Am überzeugendsten ist so noch die Fallstudie zur amerikanischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg geraten, zumal sie als einzige den Zusammenhang zwischen Charakter und Stabilität der politischen Ordnung näher erörtert. Wie von Ikenberrys

18 In dem von Ikenberry angeführten Zitat schreibt der Historiker Paul Schroeder (1994: 533) dem britischen Außenminister Castlereagh lediglich die Äußerung zu, der persönliche Charakter Zar Alexanders I. biete noch keine *hinreichende* Gewähr für Russlands Selbstbeschränkung, und keineswegs die Meinung, Alexanders Charakter verhindere zwangsläufig Russlands Selbstbeschränkung. Ob Castlereagh einen Garantievertrag für zweckmäßig hielt, um Russland einzuhegen, geht aus dem Zitat überhaupt nicht hervor.

Modell postuliert, wurde der nachhaltigste Versuch, eine konstitutionelle Ordnung zu etablieren, von einem weit überlegenen Staat unternommen, der sich einer Vielzahl anderer Demokratien gegenüber sah. Und diese Ordnung erwies sich in der Tat als die stabilste der untersuchten. Allerdings würde man sich auch hier zumindest ein detaillierteres *process tracing* wünschen, das beispielsweise die stabilisierende Wirkung transgouvernementaler Einflusstrategien eingehender belegen würde (vgl. Ikenberry 2001: 204f). Ikenberrys Argumentation ist auf solche Einzelnachweise nicht zuletzt deshalb angewiesen, weil in diesem Fall die bloße Kovarianz zwischen konstitutioneller Ordnung und internationaler Stabilität wenig aussagekräftig ist. Wie der Autor selbst mehrfach betont (Ikenberry 2001: 20, 216f, Fn. 3), könnte auch die Konfrontation mit dem gemeinsamen sowjetischen Gegner eine wichtige Ursache transatlantischer Zusammenarbeit gewesen sein. An einer Stelle gesteht Ikenberry (2001: 265) sogar zu, dass es ohne die wachsenden Spannungen mit der Sowjetunion beiderseits des Atlantiks kaum genügend politische Unterstützung für die amerikanische Ordnungsstrategie gegeben hätte. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wird auch verständlich, weshalb die amerikanischen Entscheidungsträger – entgegen den Prämissen von Ikenberrys Modell – keineswegs ein machtpolitisches Aufholen der westeuropäischen Partner fürchteten, sondern, im Gegenteil, sogar daran interessiert waren, deren momentane Schwächung zu überwinden (Ikenberry 2001: 197, 212). Insofern müsste das amerikanische Interesse an institutioneller Selbstbindung Ikenberry weit stärker verwundern, als dies in der Studie zum Ausdruck kommt.

Derartigen Einwänden begegnet der Autor mit dem Verweis auf die große Stabilität, welche die transatlantische Ordnung auch nach dem Ende des Kalten Krieges noch auszeichnete. Zu Recht führt er aus, dass sich die pessimistischen Vorhersagen der (Neo-) Realisten (zumindest bis zum Erscheinungstermin von *After Victory*) nicht bewahrheitet haben. Seine analytische Darstellung der letzten Dekade (Ikenberry 2001: Kap. 7) erscheint zumindest diesem Rezensenten weitaus ausgewogener und fundierter als diejenige Mearsheimers (2001: 377-383). Allerdings liefert auch sie keine schlüssigen Belege für Ikenberrys Modell: Zum einen zeigt sie allenfalls, dass die transatlantischen Institutionen auch ohne sowjetische Bedrohung dauerhafte Zusammenarbeit fördern können. Hingegen kann die Aufarbeitung der Neunzigerjahre naturgemäß keinerlei Nachweis dafür erbringen, dass diese wirksamen Institutionen – wie von Ikenberry unterstellt – auch ohne den gemeinsamen Gegner in dieser Form *geschaffen* worden wären. Zum Zweiten ist die jüngste Entwicklung der transatlantischen Beziehungen nicht mehr so leicht mit der Einbindungsthese zu vereinbaren. Sollten die unilateralistischen Tendenzen der Bush-Administration anhalten oder sich gar noch verstärken, würde der postulierte *lock-in*-Effekt internationaler Institutionen massiv in Frage gestellt. Dann könnten die Neorealisten womöglich doch noch recht behalten mit ihrer Behauptung, die Neunzigerjahre seien nur eine Übergangsperiode gewesen, die hauptsächlich dem Umstand zu verdanken gewesen sei, dass die westlichen Demokratien die Implikationen der neuen Machtverteilung noch nicht voll realisiert hätten (Mearsheimer 2001: 390). Wie Ikenberry (2002: 44) kürzlich einräumen musste, sind die USA zu Beginn des neuen

Jahrtausends drauf und dran, die politische Ordnung umzustürzen, die sie mit ihren Partnern nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet haben.

So bleibt insgesamt der Eindruck eines interessanten und konsistenten Modells, das vor allen Dingen liberal orientierte Wissenschaftlerinnen und Entscheidungsträger zufrieden stellen wird. Nicht zuletzt den außeramerikanischen DiplomatenInnen wird das daraus abgeleitete Plädoyer für eine US-Außenpolitik gefallen, die sich wieder stärker ihrer multilateralen Wurzeln besinnt. Indes darf man stark bezweifeln, dass die wichtigsten Adressaten von *After Victory*, die Mitglieder und maßgeblichen Mitarbeiterinnen der Bush-Administration und des US-Kongresses, Ikenberys Ratschlägen folgen werden. Selbst wenn man annimmt, dass das Buch von den amerikanischen Eliten weithin zur Kenntnis genommen wird, sollte man nicht erwarten, dass es viele der tonangebenden Unilateralisten zum Umdenken bewegen würde. Dazu sind die angefügten empirischen Belege viel zu schwach. Sie werden nur diejenigen in ihrer Auffassung bestärken, die immer schon von der Attraktivität machtbegrenzender Institutionen überzeugt waren, und schwerlich diejenigen, die in der Einbindung amerikanischer Macht eine unnötige und gefährliche Fesselung des gerecht durchgreifenden Weltpolitikisten sehen (Schweller 2001: 183-186).

5. Schluss

Alles in allem erfüllt keine der drei besprochenen Theorien die Anforderungen, die hier eingangs formuliert wurden. Mearsheimers Buch zeichnet sich, wie schon sein viel zitierter Aufsatz »Back to the Future« (Mearsheimer 1990), durch große Prägnanz und Einfachheit aus. Es präsentiert eine einheitliche, wenn nicht gar einseitige, Weltsicht, in der internationale Machtverteilung und Geographie alle anderen Faktoren in den Hintergrund drängen. Diese Überspitzung rächt sich jedoch beim Versuch, die amerikanische Europapolitik des 20. Jahrhunderts zu erklären. Mearsheimer verstrickt sich dabei in eklatante Selbstwidersprüche. Seine Inkonsistenzen ruinieren die Prognosefähigkeit seines offensiven Realismus, lässt sich doch aus einer widersprüchlichen Theorie jede Vorhersage und damit auch jedwede Politikempfehlung schlüssig herleiten.

Wendts *Social Theory of International Politics* ist gegen derartige Kritik gefeit. Differenziert und komplex, wie sie ist, kann sie eine große Bandbreite internationaler Systeme und Entwicklungen widerspruchsfrei erklären. Hieraus und aus der Ausblendung innenpolitischer Interaktionen ergibt sich jedoch eine analoge Schwäche, die ihren praktischen Nutzwert ähnlich beeinträchtigt. Aufgrund der großen Komplexität und des hohen Abstraktionsniveaus erlaubt Wendts Theorie kaum konkrete Prognosen, vor allem dann nicht, wenn Zeitpunkt und Richtung von politischen Umbrüchen abgeschätzt werden sollen. Sie versucht erklärtermaßen nur den ontologischen Grund für spezifischere Theorien zu legen. Entscheidungsträgerinnen und deren Berater werden bei Wendt somit wenige Hypothesen finden, die praktische Orientierungshilfe für konkrete Fragen bieten. Hierzu müssten aus ihr erst noch problemspezifische Hypothesen abgeleitet und empirisch überprüft werden. Inwie-

weit Wendts (1999) Theorie dafür eine entsprechende Grundlage bietet, werden die nächsten Jahre zeigen. Insbesondere bleibt abzuwarten, ob derartige Theorien auch anwendungsbezogene Aussagen formulieren können, die konkret und aussagefähig genug sind, um über die *conventional wisdom* von Praktikern hinauszugehen. Die außerordentlich hohe Komplexität der Wendtschen Theorie stimmt in dieser Hinsicht wenig optimistisch.

Ikenberry hat mit seiner Monographie den Versuch unternommen, eine solche problemfeldspezifische Theorie zu entwickeln. Zwischen der Szylas übersimplifizierenden Großtheorien und der Charybdis hochkomplexer Ansätze könnten eher anwendungsbezogene Theorien mittlerer Reichweite der reflektierenden Praktikerin einen probaten Ausweg bieten. Auf bestimmte politische Konstellationen zugeschnitten können solche Ansätze hinreichend konkret werden, ohne ihre Rezipienten durch eine unüberschaubare Anzahl von Hypothesen und Randbedingungen zu überlasten, die sich womöglich noch gegenseitig einschränken oder anderweitig in ihrer Wirkung beeinflussen. Für die Analyse der transatlantischen Beziehungen drängt sich insofern der bescheidenere Ansatz Ikenberrys auf. Bedauerlicherweise wird er vom Autor jedoch weder konsequent noch überzeugend angewendet. Die methodische Qualität der empirischen Überprüfung hält mit dem Niveau der formulierten Theorie nicht Schritt. Da die zivilisierende Wirkung konstitutioneller Ordnungen nicht nachgewiesen wird, bietet auch Ikenberrys *After Victory* keine hinreichend verlässliche Basis für außenpolitische Entscheidungen.

Inwieweit können also aktuelle Theoriebeiträge den Praktikern Orientierung anbieten? Wahrscheinlich drängt sich ihnen der Eindruck auf, dass die Wissenschaft, trotz aller Bemühung um die Aufdeckung von Tiefenstrukturen und allgemeinen Mustern, die »neue Unübersichtlichkeit« nach dem Kalten Krieg kaum zu verringern hilft. Einfache Lösungen à la Mearsheimer (2001) können hier schwerlich zufrieden stellen. Komplexe und anspruchsvollere Groß-Theorien, wie die von Wendt (1999), fördern systematische Reflexion und mögen dadurch vor vielen Irrtümern und Simplifizierungen bewahren. Da Wendt sich aber außer Stande sieht, die zahlreichen Faktoren zueinander zu gewichten oder seine Hypothesen stärker zu operationalisieren, lassen sich auf ihrer Basis noch keine überzeugenden Handlungsempfehlungen formulieren. Nicht einmal Theorien mittlerer Reichweite wie die von Ikenberry (2001) können in dieser Hinsicht einen echten Mehrwert erbringen, solange sie nicht eine Vielzahl von Faktoren anhand einer größeren Anzahl empirischer Fälle integrieren und nachvollziehbar gewichten. Was können Entscheidungsträgerinnen und ihre Berater demnach von diesen aktuellen Theoriebeiträgen lernen? Vor allem wohl Bescheidenheit, Umsicht und Vorsicht, zeigen die besprochenen Studien doch, wie schwer und dornig der Weg zu verlässlichen und überzeugenden Politikempfehlungen selbst dann noch ist, wenn er von reflektierten Wissenschaftlern beschritten wird. Solange solche Einsicht in die Probleme und Grenzen politikwissenschaftlicher Analysen zu mehr Wachsamkeit und Skepsis gegenüber politischen Weltbildern und zu kritischer Reflexion über implizite Ursache-Wirkungs-Vermutungen beiträgt, ist ihr ein praktischer Nutzen indes nicht ganz abzusprechen. Zumindest werden uns differenzierende theoriegeleitete Studien besser

gegen die Fehler schützen, die durch grob simplifizierende Sichtweisen oder voreilige Analogieschlüsse entstehen können. Und das ist einstweilen besser als nichts.

Aus Sicht einer politikwissenschaftlichen Teildisziplin, die traditionell auch Praxisrelevanz für sich beansprucht, ist das aber kaum befriedigend. Eine grundsätzliche Ermahnung zu umsichtigem Handeln wird auf Dauer niemandem genügen. Konkretere Empfehlungen darf man auch für so komplexe Gegenstände wie die innerwestlichen Beziehungen erwarten. Neue Anläufe sind mithin erforderlich, um die für sie maßgeblichen Grundlagen und Wirkungsmechanismen zu bestimmen. Theorien mittlerer Reichweite sind dabei besonders nützlich, auch wenn sie, um überzeugen zu können, immer noch einer konsistenten Fundierung in den Annahmen allgemeiner Theorien bedürfen. Größeren wissenschaftlichen Erfolg und praktischen Nutzen als die hier besprochenen Monographien werden solche Versuche wahrscheinlich aber nur dann erbringen können, wenn sie eine Selbstbeschränkung vermeiden, die allen drei besprochenen Studien gemeinsam ist: Gerade wenn es darum geht die Beziehungen zwischen demokratischen Staaten zu analysieren, sollten interne Politikprozesse stärker einbezogen werden. Nicht zuletzt die Krise der transatlantischen Beziehungen seit dem Wechsel von Clinton zu Bush hat wieder gezeigt, dass Präferenzwandel infolge von Koalitionsveränderungen oft entscheidend sein kann für die Entwicklung regionaler Beziehungsmuster.¹⁹ Bei allem Bemühen um theoretische Eleganz und Einfachheit darf nicht vernachlässigt werden, dass internationale Beziehungen stets »zu Hause« beginnen.

Literatur

- Adler, Emanuel 2002: Constructivism and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A.: Handbook of International Relations, London, 95-118.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang 2001: Constructivist foreign policy theory, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): German foreign policy since unification: Theories and case studies, Manchester, 105-137.
- Bridge, F. Roy/Bullen, Roger 1980: The Great Powers and the European States System 1815-1914, London.
- Brooks, Stephen G./Wohlforth, William C. 2000/2001: Power, Globalization, and the End of the Cold War: Reevaluating a Landmark Case for Ideas, in: International Security 25: 3, 5-53.
- Campbell, David 1992: Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Minneapolis, MN.
- Campbell, Edwina S. 2002: Vertieft sich die Kluft? Eine US-amerikanische Sicht der europäischen Sicherheit, in: Arnold, Hans/Krämer, Raimund (Hrsg.): Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld, Bonn, 198-215.
- Carr, Edward H. 1946: The Twenty Years' Crisis 1919-1939: An Introduction to the Study of International Relations, London.

19 Exemplarisch hat dies unlängst Solingen (1998) für regionale Konfliktformationen in Südamerika, Asien und dem Nahen Osten demonstriert.

- Copeland, Dale C.* 2000: The Constructivist Challenge to Structural Realism: A Review Essay, in: *International Security* 25: 2, 187-212.
- Daalder, Ivo H.* 2001: Are the United States and Europe heading for divorce?, in: *International Affairs* 77: 3, 553-567.
- Der Derian, James* 1987: *On Diplomacy*, Oxford.
- Fearon, James D.* 1995: Rationalist explanations for war, in: *International Organization* 49: 3, 379-414.
- Gilpin, Robert G.* 1981: *War and Change in World Politics*, Cambridge, MA.
- Gruner, Wolf D.* 1992: Was There a Reformed Balance of Power or Cooperative Great Power Hegemony?, in: *American Historical Review* 97: 3, 725-732.
- Haftendorn, Helga* 2002: One Year after 9/11: A Critical Appraisal of German-American Relations, Rede vor dem American Institute for Contemporary German Studies, 17.9.2002 (<http://www.aicgs.org/publications/PDF/haftendorn.pdf>).
- Ikenberry, G. John* 2001: *After Victory: Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order After Major Wars*, Princeton, NJ.
- Ikenberry, G. John* 2002: America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs* 81: 5, 44-60.
- Kagan, Robert* 2002: Power and Weakness, in: *Policy Review* 113, 3-28.
- Katzenstein, Peter J.* 1996: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identities in World Politics*, New York, NY, 1-32.
- Katzenstein, Peter J./Keohane, Robert O./Krasner, Stephen D.* 1998: International Organizations and the Study of World Politics, in: *International Organization* 52: 4, 645-685.
- Keck, Otto* 1995: Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorie und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns möglich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 1, 5-48.
- Keck, Otto* 1997: Zur sozialen Konstruktion des Rational-Choice-Ansatzes. Einige Klarstellungen zur Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 1, 139-151.
- Kissinger, Henry A.* 1990: *Das Gleichgewicht der Großmächte: Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812-1822*, Zürich.
- Kowert, Paul/Legro, Jeffrey* 1996: Norms, Identity, and Their Limits: A Theoretical Reprise, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security, Norms and Identities in World Politics*, New York, NY, 451-497.
- Kraehe, Enno* 1992: A Bipolar Balance of Power, in: *American Historical Review* 97: 3, 707-715.
- Kratochwil, Friedrich* 2000: Constructing a New Orthodoxy? Wendt's »Social Theory of International Politics« and the Constructivist Challenge, in: *Millennium* 29: 1, 73-101.
- Kupchan, Charles A.* 2002: The End of the West, in: *The Atlantic Monthly* 290: 4, 42-44.
- LeDonne, John P.* 1997: *The Russian Empire and the World, 1700-1917: The Geopolitics of Expansion and Containment*, New York, NY.
- Lindley-French, Julian* 2002: Terms of engagement. The paradox of American power and the transatlantic dilemma post-11 September. (Institute for Security Studies of the Western European Union, Chaillot Papers Nr. 52), Paris.
- Mathews, Jessica T.* 2001: Estranged Partners, in: *Foreign Policy* 127, 48-53.
- Mearsheimer, John J.* 1990: Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: *International Security* 15: 1, 5-56.
- Mearsheimer, John J.* 2001: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY.
- Müller, Harald* 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 1, 15-44.

- Müller, Harald 1995: Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 2, 371-391.
- Onuf, Nicholas G. 2001: The Politics of Constructivism, in: Fierke, Karin M./Jørgensen, Knud Erik (Hrsg.): *Constructing International Relations: The Next Generation*, Armonk, NY, 236-254.
- Risse, Thomas 1999: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden, 33-57.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 1, 171-184.
- Ruggie, John Gerard 1998: What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge, in: *International Organization* 52: 4, 855-885.
- Schneider, Gerald 1994: Rational Choice und kommunikatives Handeln. Eine Replik auf Harald Müller, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 2, 357-366.
- Schroeder, Paul W. 1992: Did the Vienna System Rest on a Balance of Power?, in: *American Historical Review* 97: 3, 683-706.
- Schroeder, Paul W. 1994: *The Transformation of European Politics, 1763-1848*, Oxford.
- Schweller, Randall L. 1994: Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back in, in: *International Security* 19: 1, 72-107.
- Schweller, Randall L. 2001: The Problem of International Order Revisited, in: *International Security* 26: 1, 161-186.
- Snyder, Jack 1991: *Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, NY.
- Solingen, Etel 1998: *Regional Orders at Century's Dawn: Global and Domestic Influences on Grand Strategy*, Princeton, NJ.
- Van Evera, Stephen 1990/1991: Primed for Peace. Europe After the Cold War, in: *International Security* 15: 3, 7-57.
- Van Evera, Stephen 1999: *Causes of War: Power and the Roots of Conflict*, Ithaca, NY.
- Wallander, Celeste A./Keohane, Robert O. 1996: Why Does NATO Persist? An Institutional Approach, unv. Ms.
- Wallander, Celeste A./Keohane, Robert O. 1999: Risk, Threat, and Security Institutions, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hrsg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford, 21-47.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics*, Reading, MA.
- Webster, Charles K. 1925: *The Foreign Policy of Castlereagh, 1815-1822: Britain and the European Alliance*, London.
- Welton, George 2002: The Material Basis of a Socially Constructed World: Globalization as Political Project, Paper presented at the 43rd. Annual Convention of the International Study Association (ISA), 24.-27. März 2002, New Orleans, LA.
- Wendt, Alexander 1992: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46: 2, 391-425.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge, MA.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 1996: Argumentatives Handeln bei internationalen Verhandlungen. Moderate Anmerkungen zur post-realistischen Debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 2, 341-366.